

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16
Karl-Liebknecht-Str. 15 (Redaktion E. Dittmer)
Vertriebspreis: 10 Pf. (einschließlich Postgebühren)

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Austerbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post
(einschließlich Postgebühren) 10 Mk.

UM LEIPZIGER GEWERKSCHAFTSKONGRESS

III. Die Abgrenzung der Industrieverbände.

Von dem Augenblicke ab, wo sich Industrieverbände in Deutschland bildeten, mußte man, da eine Regelung von einer zentralen Stelle nicht erfolgte und auch nach der ganzen Verfassung der Gewerkschaften nicht erfolgen konnte, damit rechnen, daß sich die Kreise der Verbände schneiden müßten, daß einzelne Verbände die Ueberzeugung gewinnen konnten, daß sie mit Recht, sei es mit dem Recht, daß andere Gewerkschaften ihren Bereich hinübergreifen. Das ist durch die Kameradschaftlich-amerikanischen Gewerkschaften gestört werden konnte, sondern auch um deswillen, weil mancherlei Unklarheiten und Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit den Unternehmern vorliegen, die die Abgrenzung der Gewerkschaften erschweren. So tauchte der Gedanke in der Literatur auf, daß man die Gewerkschaften gruppieren könnte nach dem Material, das sie verarbeiten. Also die Holzarbeiter hätten alle diejenigen zu umfassen, die Holz verarbeiten, die Metallarbeiter alle diejenigen, die Metalle verarbeiten, die Bauarbeiter diejenigen, die zu Häusern oder zu anderen Bauten erwachsen lassen. Das ist so einfach und doch war es falsch. Es ergab sich auch bei dieser Betrachtung, wie schon unsere Beispiele lehren, ein Mangel der Kreise für die einzelnen Industrieverbände. Zu den Holzarbeitern würden dann gehören die Zimmerleute, die auch für diese ist das Holz ein Baustoff. Worin besteht die Gemeinschaft zwischen Zimmermann und Möbelschneider? Sie fehlt vollkommen. Betrachten wir uns aber einmal den Holzarbeiterverband, wie er zu einer machtvollen und erfolgreichen Organisation geworden ist. Im Holzarbeiterverbande sind vereinigt u. a. all diejenigen, die Möbel herstellen, das machen nicht nur Schreiner, sondern auch Tischler und Bildhauer; um nur von diesen zu sprechen.

Der Bildhauer arbeitet einmal Möbel, er arbeitet ein anderes mal an einem Werke, das mit der Möbelbranche gar nichts zu tun hat. Er bearbeitet auch häufig einen Stoff ganz anderer Art als es das Holz ist. Der Drechsler kann Knöpfe drehen, selbener aus Holz als aus Horn, Elfenbein, Perlmutter und anderen Stoffen. Wir finden im Holzarbeiterverbände Pinselmacher, Bürstenbinder, Rammacher, Bleistifthersteller, Korbmacher, Korlarbeiter, Parkettleger, Stuck- und Schirmmacher, Stuhlarbeiter, Ristenmacher, Säger, Bergolder usw. usw. Noch mannigfaltiger sind die Branchen im Metallarbeiterverbände, und auch in der Bauindustrie finden wir eine reiche Fülle von Arbeitsprozessen, wie auch von Materialien, die verarbeitet werden. Man sieht hieraus, daß die Vorschläge, nach dem verarbeiteten Stoffe die Arbeiter in verschiedenen Industrieverbände zu gruppieren, nicht den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen. — Aber liegt in der heutigen Gruppierung der Gewerkschaft ein einziges ordnendes Prinzip? Darauf wird man antworten: Die heutige Gruppierung der Gewerkschaften ist etwas geschichtlich Gewordenes, nicht ein einheitlicher Grundsatz wird sich festlegen lassen, wohl aber wird man annehmen können, daß ein Grundsatz zur besonders treibenden Kraft wurde, daß aber daneben andere

Man trägt die Arbeit Feiertag.
Unsre grauen Gassen
erleiden in trübem Schein.
Die engen Fenster lassen
nur spärliches Licht herein.
Doch einmal im Jahr
wollen wir Sonne sehn.
Am unser verstaubtes Haar
sollen die freien Winde wehn.
Mit den Lerchen steigen wir jubelnd ins Blau.
Bruder, komm und schau:
So hell die Stunde,
so klar die Luft!
Alles ein Schritt in einem Bunde,
übersprungen jede Klust!
Von einem Himmel umspannt
grüßt uns junges Land.
Die Bäume winken mit grünen Schleiern
unserm Zug.
Laßt uns ein Hochamt der Arbeit feiern,
los von Haß und Trug,
einer festlich dem andern gesellt
im Anblick einer blühenden Welt.
Man trägt die Arbeit Feiertag
und singt.
Durch Gram und Leid,
durch dunkle Zeit
ein Ton der Zukunft klingt. Karl Bröger.

Triebkräfte einen Zugang zu den Gewerkschaften herbeiführten, daß aber neben dem leitenden Grundsatz auch Ausnahmen von der Anwendung dieses Grundsatzes bestehen. Mehr als zwei Jahrzehnte stritt man sich über Grenzfälle der Organisationszugehörigkeit, hier und da einigte man sich, hier und da ließ man aber auch, wo eine Einigung nicht möglich war, manches weiter laufen, obgleich man das Gefühl hatte, daß manche Gewerkschaft nicht zu ihrem Recht gekommen ist. Der große leitende Gesichtspunkt bei der Umgrenzung der Gewerkschaften ist der, daß die Gewerkschaften die Arbeiter so zu vereinigen haben, daß sie den höchsten Grad von Kampffähigkeit erzielen. Dieser Grad von Kampffähigkeit wird erreicht, wenn alle Arbeiter, die in einem Lohnkampfe einem Unternehmer oder einer Gruppe von Unternehmern oder einem ganzen Unternehmerverbande gegenüberstehen könnten, zusammengefaßt werden in der gleichen Organisation, in der gleichen Großgewerkschaft, soweit sich das den Arbeitern er-

möglichen läßt, um mit den Unternehmern ebenbürtig im Kampfe zu werden. Diese Ebenbürtigkeit muß sich äußern nicht nur in der Siegeswahrscheinlichkeit, sondern auch in der Beherrschung der wirtschaftlichen Kampfes- und Friedensvoraussetzung, aber auch in der Konzentration der Verhandlungsmöglichkeiten. Wenn wir uns eine der großen deutschen Fabriken vorstellen, so die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, so müssen wir uns klar sein, daß in den Verhandlungen über neue Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Riesenfirma ein einziger klar überlegter Wille mit genau bestimmter Taktik wirksam ist. Wie sehr schwächen sich die Arbeiter, wenn sich diesem einen wohlüberlegenden Geschäftsmann, der ganz genau weiß, wie weit er in seinen Zugeständnissen gehen wird, Vertreter von einem Duzend verschiedener Gewerkschaften gegenüberstellen würden. Diesem einen Willen, der sich vom Augenblick des Eintritts in die Verhandlungen völlig im klaren ist über die Methoden und über die Zielsetzungen, soll ein Duzend Männer gegenüber treten, das sich immer wieder zurückziehen muß, um eine gemeinsame Linie finden zu können. Geschlossener Wille der Arbeiterschaft ist ebenso wichtig, wie der Weg zum Triumphe der Unternehmer ihr klarer Wille und ihre Ueberlegung ist, die vollendet ist, bedrückt auch nur mit einem Worte in die Verhandlungen eingetreten wurde. Daß es das Ziel der Arbeiter sein muß, sich in ihrer organisatorischen Zusammenfassung der kapitalistischen Organisation der Unternehmer anzupassen, erscheint selbstverständlich, wenn auch dieser Grundsatz vielfach nur instinktiv gefühlt und nicht zum klaren Ausdruck gebracht wurde. Niemand, der die Entwicklung der deutschen Industrie kennt, wird behaupten wollen, daß die Gewerkschaften in ihrer organisatorischen Gliederung diesem wichtigen Grundsatz vollkommen entsprechen, sie bemühen sich freilich, diesem Prinzip immer mehr zu entsprechen. Das lehren uns der Metallarbeiterverband, der Holzarbeiter-

verband, auch der Bauarbeiterverband. Aber dem letzten fehlen neben den Zimmerern noch immer Arbeitergruppen. Man wird vielleicht hinweisen auf die große Anzahl der Arbeiter im Metallarbeiterverbande, im Holzarbeiterverbande, die durchaus anderen Unternehmern gegenüber stehen als die große Masse der in deren Verbänden organisierten Arbeiter. Der großen Maschinenbaugesellschaft stehen Formler, Schleifhelfer, Schmiede, Schlosser, Mechaniker usw. usw., aber doch nicht Gold- und Silberarbeiter, Edelsteinhauer gegenüber. Der großen Möbelfabrik stellen sich gegenüber Schreiner, Drechsler, Bildhauer, aber niemals Bürsten- oder Kammmacher, Pinsel- oder Bleistiftarbeiter, und doch sind diese alle sehr zusammengeschmiebt in den beiden großen Verbänden. Es hängt natürlich nicht mit dem großen leitenden Prinzip zusammen, wohl aber mit der daneben laufenden Tatsache, daß wir in der deutschen Industrie viele Dutzende in sich selbstlose Gewerbe mit einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Tausenden von Arbeitern haben. Diese können nicht mit oft sehr kapitalkräftigen Unternehmern in den Kämpfen einfließen. Alle organisationsfähigen Männer und Frauen der Betriebe würden es doch nur zu kleinen, nicht bloß finanziell leistungsunfähigen Organisationen bringen. Sie haben das zumeist früher versucht, sie haben teures Vergeß bezahlt und schwere Enttäuschungen erlitten. Deshalb haben sie sich an ein mächtiges Großes angeschlossen, wo sie im weiten Rahmen auch Verständnis für ihre Interessen, keine zu erhoffenden finanziellen Rückhalt und kluge und angemäße Förderung nicht bloß ihrer materiellen, sondern auch ihrer sonstigen Interessen fanden, so, um nur ein Beispiel zu führen, die Pinselmacher in ihrem Kampfe gegen die Gefahr der tödlichen Miltzbrandkrankung. So erklärt sich die Zusammensetzung der großen Industrieverbände in Deutschland. Adolf Braun

Unser Mitgliederstand am 1. Mai 1922.

Die Mitgliederbewegung für den Berichtsmonat vollzog sich nach den eingelangten Berichtskarten ungefähr in denselben Grenzen wie im vorausgegangenen Monat. Konnten wir am 1. April über einen Mitgliederstand von 230 048 männlichen und 53 014 weiblichen, zusammen 283 062 Mitgliedern in 908 Filialen berichten, so steht diesem Befehstand am 1. Mai eine Gesamtmitgliederzahl von 281 068 Mitgliedern, nämlich 227 652 männlichen und 53 416 weiblichen gegenüber, die sich ebenfalls auf 908 Filialen verteilen. Demnach ist bei den Mitgliederzahlen der Kollegen gegenüber dem vorhergehenden Monat ein Rückgang von 2396 Mitgliedern eingetreten. Er entfällt fast restlos auf die Filiale Berlin. Die Ursachen sind aus dem letzten Streikausgang herzuleiten, die in Nr. 16 der „Gewerkschaft“ im Bericht über den Mitgliederstand am 1. April bereits kurz skizziert wurden. Insgesamt hat die Filiale Berlin in der Zeit vom 1. März d. J. bis 1. Mai 5089 Mitglieder verloren.

In günstiger Weiterentwicklung sind auch im Berichtsmonat die Mitgliederzahlen der Kolleginnen geblieben. Am 1. April wurden nach den Berichtskarten 53 014 Kolleginnen gezählt. Nach dem Stande vom 1. Mai hat sich diese Zahl auf 53 416 Kolleginnen erhöht, demnach ist eine Zunahme von 402 weiblichen Verbandsmitgliedern gegenüber dem Vormonat eingetreten.

Abgesehen von dem Verlust in Berlin ist der Mitglieder- und Filialbestand konstant geblieben.

Nicht eingelangt wurde die Berichtskarte aus 190 Filialen mit 88 249 Mitgliedern, ein überaus ungünstiges Resultat. In diesem Monat muß der Einfindung der Karte daher mehr Beachtung geschenkt werden.

Während der Berichtszeit gingen die Filialen Dargun, Pfullingen, Marquartstein, Kirchhain, Strausberg, Achselshwang, Fürstenseelbrud, Großfling, Koggenstein, Schleißheim und Schwaiganger ein. Die Mitglieder der sechs letzten Filialen, zum Gau München gehörend, wurden dem Landarbeiterverband überwiesen, weil sie zum Organisationsgebiet dieses Verbandes gehörten.

Neu errichtet wurden in der Berichtszeit die Filialen Weener, Blau, Werleburg, Delitzsch, Geithain, Greifenhagen, Heiligenbeil, Rummersdorf, Uchte, Lüchow und München-Land.

Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen betrug am 1. April 4019 Kollegen und Kolleginnen, am 1. Mai erfährt diese Ziffer eine

Erhöhung um 102 Arbeitslose, so daß insgesamt 4121 Arbeitslose zu verzeichnen sind.

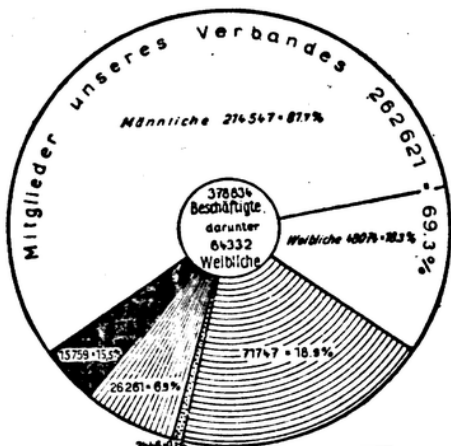
No. Nr.	Gau	Zahl der Mitglieder am 1. April 1922		Zahl der Mitglieder am 1. Mai 1922		Veränderung	Zahl der Filialen
		männlich	weiblich	männlich	weiblich		
1	Augsburg	3478	2957	334	3291	+ 187	29
2	Berlin	51450	36741	12602	49243	+ 2207	1208
3	Bielefeld	3553	2859	467	3326	+ 227	36
4	Brandenburg	5197	4306	978	5284	+ 87	39
5	Bremen	7117	6676	585	7261	+ 144	11
6	Breslau	14988	11514	3687	15101	+ 108	569
7	Dortmund	4794	3687	1081	4718	+ 76	7
8	Dresden	10727	8649	2066	10715	+ 12	49
9	Düsseldorf	11884	9700	2164	11570	+ 14	14
10	Erfurt	6294	5215	1113	6328	+ 34	35
11	Frankfurt a. M.	15699	13141	3188	16279	+ 580	219
12	Frankfurt a. d. O.	1877	1641	252	1893	+ 16	16
13	Halberstadt	3727	3270	480	3750	+ 23	19
14	Halle	2587	2018	739	2757	+ 230	10
15	Hamburg	23046	18607	4553	23160	+ 114	117
16	Hannover	7305	6801	1079	7380	+ 75	31
17	Karlsruhe	5983	4554	870	5424	+ 589	41
	Bez. Singen	1140	994	149	1193	+ 7	4
	Bez. Unterbaden	4544	4074	466	4540	+ 4	4
18	Kiel	4308	3406	818	4224	+ 82	103
19	Köln-Bonn	11923	10734	1188	11872	+ 51	104
20	Königsberg i. Pr.	6745	6028	1445	7473	+ 104	30
	Bez. Danzig	3208	2780	506	3256	+ 75	14
21	Leipzig	6551	4779	1806	6555	+ 34	34
22	Lübeck	4984	3958	1119	5072	+ 88	30
23	Magdeburg	6089	5210	953	6163	+ 74	30
24	Mainz	6745	5428	1158	6546	+ 159	30
25	München-Stadt	8104	5900	2106	8096	+ 8	30
26	München	4990	4073	670	4743	+ 247	30
27	Nieder-Lausitz	1664	1423	233	1656	+ 8	28
28	Nürnberg	7692	7102	790	7991	+ 91	134
29	Rheinplatz	3695	3259	586	3845	+ 50	30
30	Stettin	5626	4902	1094	5596	+ 370	30
31	Stuttgart	6178	5322	831	6156	+ 17	48
32	Zwickau	7914	6487	1424	7655	+ 51	48
	Einzelmitglieder	96	68	30	96	0	1
		283062	227652	53416	281068	+ 1994	1121

Unsere neueste Statistik über Organisationszugehörigkeit.

(Stand vom 1. Januar 1922.)

Die Gesamtzahl der in 898 Filialen gezählten Beschäftigten hat im Vergleich der Zahlung des Vorjahres (1. Januar 1921) eine Senkung erfahren, um 8,6 Proz. Dieser Rückgang findet seine Erklärung in dem Bestreben der Betriebsverwaltungen, die Zahl der Arbeitskräfte zu vermindern. Eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Betriebe ist durch die Minderung der Arbeitskräfte im Jahre eine verkehrte Sparsamkeit zu beobachten, die sich erst dann in mehr oder weniger langer Zeit bitter rächt. Wir erwarten ein solches Mittel zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit ab. Besonders auffallend ist der Rückgang der Beschäftigten in den Reichsbetrieben um 22,6 Proz. und ebenso in den Staatsbetrieben um 13,2 Proz. In den Privatbetrieben nur 8,8 Proz. Die Zahlen der Beschäftigten im Kreis- und den Provinzialbetrieben, auch den Privatbetrieben, weisen eine kleine Steigerung auf. — Der Rückgang der Beschäftigten in den Reichsbetrieben ist nicht nur durch die Sparsamkeit, sondern auch durch die Auflösung vieler Reichsbetriebe, namentlich solcher, die bis dahin zum Zwecke der Heeresausrüstung in Betrieb unterhalten wurden. Auch die allmähliche Auflösung der allorts

gestellten Zahlen der weiblichen Arbeitslosen (2377) einen Ausgleich, während die Zahl der in unserem Organisationsbereich beschäftigten weiblichen Mitglieder gegenüber der Zahlung mittels der monatlichen Berichtskarte am Jahreschluss (53 383 Mitglieder) um 5309 = rund 10 Proz. zurückbleibt. — So wenig der, wenn auch nur geringe Rückgang erfreulich ist, so wenig liegt Grund vor, das als Zeichen eines Rückschritts unseres Verbandes anzusehen. Die Festigkeit unseres Mitgliederstandes ist zahlenmäßig gegeben, ebenso wie die Verbekraft unseres Verbandes erfolgreich geblieben. — Allen Hemmnissen zum Trotz hat sich unsere vielumfrittene Organisationsform, die reine Betriebsorganisation, durchgesetzt und in den Betrieben der öffentlichen Behörden weites Terrain gewonnen. Das ist außerordentlich bemerkenswert. Die einheitliche organisatorische Zusammenfassung der bei den öffentlichen Behörden (Gemeinde-, Kreis-, Provinz-, Staats- und Reichsbehörden) beschäftigten Arbeiter der verschiedensten Berufe zum Zwecke Schaffung einheitlich geordneter Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist durch unseren Verband, als reine Betriebsorganisation, ebenso vorbildlich wie erfolgreich verwirklicht worden. Auf breiterster zentraler Grundlage ist das feste tragfähige Fundament zu unserem gewaltigen Organisationsbau geschaffen worden.



Die Gesamtzahl der in 898 Filialen gezählten Beschäftigten hat im Vergleich der Zahlung des Vorjahres (1. Januar 1921) eine Senkung erfahren, um 8,6 Proz. Dieser Rückgang findet seine Erklärung in dem Bestreben der Betriebsverwaltungen, die Zahl der Arbeitskräfte zu vermindern. Eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Betriebe ist durch die Minderung der Arbeitskräfte im Jahre eine verkehrte Sparsamkeit zu beobachten, die sich erst dann in mehr oder weniger langer Zeit bitter rächt. Wir erwarten ein solches Mittel zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit ab. Besonders auffallend ist der Rückgang der Beschäftigten in den Reichsbetrieben um 22,6 Proz. und ebenso in den Staatsbetrieben um 13,2 Proz. In den Privatbetrieben nur 8,8 Proz. Die Zahlen der Beschäftigten im Kreis- und den Provinzialbetrieben, auch den Privatbetrieben, weisen eine kleine Steigerung auf. — Der Rückgang der Beschäftigten in den Reichsbetrieben ist nicht nur durch die Sparsamkeit, sondern auch durch die Auflösung vieler Reichsbetriebe, namentlich solcher, die bis dahin zum Zwecke der Heeresausrüstung in Betrieb unterhalten wurden. Auch die allmähliche Auflösung der allorts

errichteten Militär Lazareten beeinflusst die Senkung der Zahl der Beschäftigten. — In den Staatsbetrieben wird die Senkung der Zahl der Beschäftigten zumeist durch Beschränkungen erklärt. — Entsprechend den gesunkenen Zahlen der Beschäftigten sind auch unsere Mitgliederzahlen gesunken. Die Senkung der Mitgliederzahlen steht eine geringe prozentuale Steigerung von 67,7 auf 69,3 Proz. gegenüber. So gering die Steigerung an sich auch ist, so beweist sie doch eine zwar langsame, aber feste Eroberung weiteren Terrains. Diese prozentuale Steigerung erfolgte auf Kosten der Gruppe: Organisationszugehörigkeit nicht festgestellt, deren prozentualer Anteil im Vorjahre 8,5, bei der Zahlung dagegen nur 4,2 Proz. betrug. Die Bruderorganisationen haben ihren prozentualen Anteil um 1,6 Proz., die gewerkschaftlichen Verbände um 1,3 Proz. gesteigert, die Freie Arbeiter-Union um 0,2 (von 0,9 auf 0,7) Proz. verringert. Die geringen Zahlen zeigen, die die Freie Arbeiter-Union innerhalb unseres Organisationsbereiches aufzuweisen hat, haben eine weitere Senkung erfahren und dadurch ist die Einstufigkeit dieser Gewerkschaften auch rein zahlenmäßig noch deutlicher gekennzeichnet. — Gegenüber dem mittels der Monatskarten am Jahreschluss ermittelten Mitgliederstande von 286 868 hat die Zahlung der Mit-

festgestellten Zahlen der weiblichen Arbeitslosen (2377) einen Ausgleich, während die Zahl der in unserem Organisationsbereich beschäftigten weiblichen Mitglieder gegenüber der Zahlung mittels der monatlichen Berichtskarte am Jahreschluss (53 383 Mitglieder) um 5309 = rund 10 Proz. zurückbleibt. — So wenig der, wenn auch nur geringe Rückgang erfreulich ist, so wenig liegt Grund vor, das als Zeichen eines Rückschritts unseres Verbandes anzusehen. Die Festigkeit unseres Mitgliederstandes ist zahlenmäßig gegeben, ebenso wie die Verbekraft unseres Verbandes erfolgreich geblieben. — Allen Hemmnissen zum Trotz hat sich unsere vielumfrittene Organisationsform, die reine Betriebsorganisation, durchgesetzt und in den Betrieben der öffentlichen Behörden weites Terrain gewonnen. Das ist außerordentlich bemerkenswert. Die einheitliche organisatorische Zusammenfassung der bei den öffentlichen Behörden (Gemeinde-, Kreis-, Provinz-, Staats- und Reichsbehörden) beschäftigten Arbeiter der verschiedensten Berufe zum Zwecke Schaffung einheitlich geordneter Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist durch unseren Verband, als reine Betriebsorganisation, ebenso vorbildlich wie erfolgreich verwirklicht worden. Auf breiterster zentraler Grundlage ist das feste tragfähige Fundament zu unserem gewaltigen Organisationsbau geschaffen worden.

Kategorie	Gesamtzahl der Beschäftigten			Unserem Verbands gehören an			Frei-gewerkschaftliche Verbände										Freie Arbeit-Union		Gegnerische Verbände					Organisat. nicht festgelegt		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	Zahl der Mitglieder										Zahl	in Prozent	Zahl der Mitglieder					Zahl	in Prozent	
							Metallarbeiter	Textil- u. Bekleidungsarbeiter	Arbeitslos	Handwerker	Landwirtschaftl.	sonstige	zusammen	in Prozent	sonstige	zusammen			in Prozent	sonstige	zusammen	in Prozent				
31.12.21	2557	35074	256301	163296	25093	191382	5182	1267	22947	919	1674	1190	2181	4064	38081	15.4	2076	0.8	446	12125	46	4861	17478	6.9	7991	3.0
31.12.22	21134	37021	278989	176546	26564	207077	7899	2585	29118	1457	2732	1970	2184	5983	42101	15.1	3068	1.1	420	9349	180	8000	13358	4.8	13304	4.8
31.12.23	1492	29133	27641	13074	28829	15313	714	6374	1718	6341	2149	2986	1637	3363	25731	11.7	—	—	765	4542	123	6527	11957	5.4	17144	8.0
31.12.24	1492	29133	27641	13074	28829	15313	714	6374	1718	6341	2149	2986	1637	3363	25731	11.7	—	—	765	4542	123	6527	11957	5.4	17144	8.0
31.12.25	1492	29133	27641	13074	28829	15313	714	6374	1718	6341	2149	2986	1637	3363	25731	11.7	—	—	765	4542	123	6527	11957	5.4	17144	8.0
31.12.26	1492	29133	27641	13074	28829	15313	714	6374	1718	6341	2149	2986	1637	3363	25731	11.7	—	—	765	4542	123	6527	11957	5.4	17144	8.0
31.12.27	1492	29133	27641	13074	28829	15313	714	6374	1718	6341	2149	2986	1637	3363	25731	11.7	—	—	765	4542	123	6527	11957	5.4	17144	8.0
31.12.28	1492	29133	27641	13074	28829	15313	714	6374	1718	6341	2149	2986	1637	3363	25731	11.7	—	—	765	4542	123	6527	11957	5.4	17144	8.0
31.12.29	1492	29133	27641	13074	28829	15313	714	6374	1718	6341	2149	2986	1637	3363	25731	11.7	—	—	765	4542	123	6527	11957	5.4	17144	8.0
31.12.30	1492	29133	27641	13074	28829	15313	714	6374	1718	6341	2149	2986	1637	3363	25731	11.7	—	—	765	4542	123	6527	11957	5.4	17144	8.0
31.12.31	1492	29133	27641	13074	28829	15313	714	6374	1718	6341	2149	2986	1637	3363	25731	11.7	—	—	765	4542	123	6527	11957	5.4	17144	8.0

Die neuen Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reiches und Preußens.

Wie in der Privatindustrie, so sind wir auch im Reich dazu gekommen, mindestens allmonatlich die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer neu zu regeln. Leider geht die Sache hier nicht so einfach wie dort. Das liegt daran, daß Reich und Staat als Arbeitgeber bei ihren Entscheidungen nicht frei, sondern an die Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften gebunden sind. Durch die Verbindung der Beamtenbefolgung mit den Arbeiterlohnverhandlungen ist die Sache noch etwas schwerfälliger gestaltet worden. Um es aber gleich vorweg zu nehmen, ob diese Einheitslichkeit auch für die Zukunft durchführbar ist und erhalten bleiben kann, erscheint uns nach

dem Verhalten des Deutschen Beamtenbundes bei der diesmaligen Bewegung sehr fraglich. Wir kommen gelegentlich noch darauf zurück, wollen uns aber heute lediglich auf die Wiedergabe des Verhandlungsergebnisses beschränken.

An dem Grundgehalt und dem Ortszuschlag für die Beamten trat diesmal eine Aenderung infolge der neuen Bewegung nicht ein. Erhöht wurde lediglich die Feuerungszulage von 30 auf 65 Proz. und der Kopfszuschlag von 30 auf 55 Proz. Nachstehend folgt die 1. Mai gültige Befolungsordnung.

A. Grundgehalt der planmäßigen Beamten.

Befolungsgruppen	I Mtl.	II Mtl.	III Mtl.	IV Mtl.	V Mtl.	VI Mtl.	VII Mtl.	VIII Mtl.	IX Mtl.	X Mtl.	XI Mtl.	XII Mtl.	XIII Mtl.
Anfangsgehalt	11 000	13 500	15 000	16 000	17 000	18 500	20 000	22 000	25 000	28 000	32 000	40 000	50 000
Nach 2 Jahren	11 700	14 100	15 700	16 800	18 000	19 500	21 000	23 000	26 000	30 000	34 500	44 000	55 000
4 "	12 400	14 700	16 400	17 600	19 000	20 500	22 000	25 000	28 200	32 000	37 000	48 000	60 000
6 "	13 000	15 300	17 000	18 300	19 800	21 300	23 000	26 200	30 000	34 000	39 500	51 000	64 000
8 "	13 600	15 900	17 600	19 000	20 600	22 100	24 000	27 400	31 400	36 000	42 000	54 000	68 000
10 "	14 200	16 500	18 200	19 700	21 200	22 900	25 000	28 600	33 000	38 000	44 000	57 000	72 000
12 "	14 800	17 000	18 800	20 300	21 800	23 600	26 000	29 800	34 500	40 000	46 000	60 000	76 000
14 "	15 400	17 600	19 400	20 900	22 400	24 300	27 000	31 000	36 000	42 000	48 000	—	—
16 "	16 000	18 000	20 000	21 500	23 000	25 000	28 000	—	—	—	—	—	—

B. Ortszuschläge.

In Ortsklasse	Jahresbetrag bei einem Grundgehalt						
	bis 14 800 Mtl.	von 14 800,— bis 16 500,— Mtl.	von 16 500,— bis 19 800,— Mtl.	von 19 800,— bis 21 800,— Mtl.	von 21 800,— bis 27 400,— Mtl.	von 27 400,— bis 40 000,— Mtl.	über 40 000,—
A	2 200,—	4 000,—	4 800,—	5 600,—	6 400,—	7 200,—	8 000,—
B	2 400,—	3 000,—	3 600,—	4 200,—	4 800,—	5 400,—	6 000,—
C	2 000,—	2 500,—	3 000,—	3 500,—	4 000,—	4 500,—	5 000,—
D	1 600,—	2 000,—	2 400,—	2 800,—	3 200,—	3 600,—	4 000,—
E	1 200,—	1 500,—	1 800,—	2 100,—	2 400,—	2 700,—	3 000,—

Dazu kommen 65 Proz. Feuerungszuschlag und 2500 Mtl. fester Feuerungszuschlag.

Zu diesen Gehaltsföhen wird noch eine Frauenzulage von 2500 Mtl. pro Jahr gewährt. Diätare erhalten die Frauenzulage voll von den Gehaltsföhen im ersten und zweiten Dienstjahre 95 Proz., im dritten Dienstjahre 98 Proz. und im vierten Jahre 100 Proz. Die Kinderzulage beträgt pro Monat einschließlich des 65prozentigen Zuschlages für Kinder bis zu sechs Jahren 330 Mtl., bis zu 14 Jahren 412,50 Mtl. und für Kinder von 14 bis 21 Jahren 495 Mtl.

Dieses Ergebnis, das von der Verhandlungskommission zunächst als nicht genügend abgelehnt wurde, ist auf den Beschluß des Reichstages zurückzuführen.

Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen um die Erhöhung der Arbeiterlöhne. Das Reich wollte unter keinen Umständen über die Sätze der Beamten hinausgehen und hat ganz besonderen Wert darauf gelegt, die Spannungen zwischen den einzelnen Lohn- und Ortsklassen zu erhöhen. Begründet hat sie ihren Standpunkt hinsichtlich der Lohngruppenpannung mit der gewaltigen Abwanderung der gelernten Handwerker aus den Reichs- und Staatsbetrieben nach der Privatindustrie, hinsichtlich der Ortsgruppenpannung mit dem Hinweis, daß in den niederen Orten die Löhne in der Privatindustrie meistens hinter denen der Reichs- und Staatsbetriebe bzw. eine vergleichbare Industrie in diesen Orten überhaupt nicht vorhanden wäre. Alle Versuche der Organisationen, den Standpunkt der Regierung zu ändern, waren ergebnislos. Es darf allerdings auch nicht verkannt werden, daß tatsächlich eine Abwanderung der gelernten Handwerker nach der Privatindustrie stattgefunden hat und wir auch wiederholt von unseren Kollegen, soweit sie Handwerker sind, Anträge erhalten haben, bei kommenden Lohnverhandlungen mehr Rücksicht auf die gelernten Berufe zu nehmen. Das ist mit der Auseinandersetzung der einzelnen Lohngruppen diesmal erreicht worden. Wir glauben, damit auch den Wünschen der in Frage kommenden Kollegen gerecht worden zu sein, wobei wir durchaus nicht verkennen, daß die Kollegen der anderen Lohngruppen von dieser Regelung nicht sehr erbaudt sein werden. Zwischen den einzelnen Ortsgruppen wurde die Spannung von 50 auf 70 Pf., innerhalb der einzelnen Ortsklassen bzw. von 2 Mtl. auf 2,80 Mtl. durch die gesamten fünf

Ortsklassen erweitert, so daß die Löhne der Ortsklasse E 2,80 weniger betragen als die in der Ortsklasse A.

Die neue Lohnregelung gilt ab 1. Mai 1922. Wir lassen nachstehend das Verhandlungsergebnis mit den neuen Stundenlöhnen der über 24 Jahre alten Reichs- und preussischen Staatsarbeiter folgen:

Vorschlag der	Männliche.						
	I Mtl.	II Mtl.	III Mtl.	IV Mtl.	V Mtl.	VI Mtl.	VII Mtl.
Ortsklasse A.							
Organisationen . . .	5,50	5,40	5,80	5,20	5,10	5,10	5,50
Regierung . . .	4,70	4,50	4,80	4,10	4,—	3,90	3,80
Verhandl.-Ergebnis . . .	5,10	4,90	4,70	4,50	4,40	4,30	4,50
Gesamtlohn . . .	19,40	17,90	17,40	16,90	16,55	16,20	15,80
Ortsklasse B.							
Organisationen . . .	5,90	5,20	5,10	5,—	4,90	4,90	4,80
Regierung . . .	4,50	4,30	4,10	3,90	3,80	3,70	3,60
Verhandl.-Ergebnis . . .	4,80	4,70	4,50	4,30	4,20	4,10	4,10
Gesamtlohn . . .	17,70	17,20	16,70	16,20	15,85	15,50	15,20
Ortsklasse C.							
Organisationen . . .	5,10	5,—	4,90	4,80	4,70	4,70	4,60
Regierung . . .	4,30	4,10	3,90	3,70	3,60	3,50	3,40
Verhandl.-Ergebnis . . .	4,70	4,50	4,30	4,10	4,—	3,90	3,80
Gesamtlohn . . .	17,—	16,50	16,—	15,50	15,15	14,80	14,50
Ortsklasse D.							
Organisationen . . .	4,90	4,80	4,70	4,60	4,50	4,50	4,40
Regierung . . .	4,—	3,80	3,60	3,40	3,30	3,20	3,10
Verhandl.-Ergebnis . . .	4,50	4,30	4,10	3,90	3,80	3,70	3,60
Gesamtlohn . . .	16,30	15,80	15,30	14,80	14,45	14,10	13,80
Ortsklasse E.							
Organisationen . . .	4,70	4,60	4,50	4,40	4,30	4,30	4,20
Regierung . . .	3,70	3,50	3,30	3,10	3,—	2,90	2,80
Verhandl.-Ergebnis . . .	4,30	4,10	3,90	3,70	3,60	3,50	3,40
Gesamtlohn . . .	15,90	15,10	14,60	14,10	13,75	13,40	13,10

Die Löhne der weiblichen Arbeitskräfte betragen 75 Proz. der Lohnsätze für die männlichen Arbeitskräfte.

Die Kinder- und Frauenzulage ist durch diese Lohnregelung nicht berührt worden. Es verbleibt daher bei der ab 1. April geltenden Sätze.

Der dritte Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der dritte Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes von 20. bis 26. April in Rom. Ihm wohnten Vertreter der angeschlossenen Landeszentralen aus folgenden Ländern bei:

Deutschland (12 Vertreter für 8 000 000 Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFD-Bundes), England (10 Vertreter für 6 000 000 Mitglieder), Deutschland (1 Vertreter für 1 000 000 Mitglieder), Belgien (10 Vertreter für 718 410 Mitglieder), Bulgarien (1 Vertreter für 400 000 Mitglieder), Dänemark (8 Vertreter für 279 255 Mitglieder), Spanien (2 Vertreter für 240 113 Mitglieder), Frankreich (7 Vertreter für 1 500 000 Mitglieder), Ungarn (2 Vertreter für 152 441 Mitglieder), Italien (7 Vertreter für 2 055 773 Mitglieder), Lettland (1 Vertreter für 30 000 Mitglieder), Holland (2 Vertreter für 27 000 Mitglieder), Holland (2 Vertreter für 216 581 Mitglieder), Polen (3 Vertreter für 138 000 Mitglieder), Schweden (8 Vertreter für 277 242 Mitglieder), Norwegen (1 Vertreter für 150 000 Mitglieder), Schweiz (1 Vertreter für 223 588 Mitglieder), Tschechoslowakei (7 Vertreter für 750 000 Mitglieder), Jugoslawien (1 Vertreter für 50 000 Mitglieder), im ganzen 94 Vertreter, darunter 7 Frauen, für 19 Landeszentralen mit 22 652 541 Mitgliedern. Außerdem nahmen teil die 5 Mitglieder des Bundesrates über 30 Mitglieder von rund 20 internationalen Berufsverbänden, jedoch ohne Stimmrecht, sowie als Gäste u. a. Vertreter des internationalen Arbeiterinnenbundes und des internationalen Gewerkschaftsbundes in Genf.

In der Eröffnungsrede des Vorsitzenden Thomas (England) wies er wiederholt auf die heutige Lage hin. Zufällig fällt dem Kongress zeitlich zusammen mit der Konferenz der Regierungen von Genua, die daran erinnert werden muß, daß Europa trotz des Weltkrieges eine Million Soldaten über 10 Millionen Arbeitslose vorhanden sind. Trotzdem will man noch nicht einsehen, daß das Unglück des einen Landes das Glück der anderen bedeutet, und daß kein Land sich ohne die Hilfe der anderen Länder wieder aufzurichten kann. Unter diesen Umständen müssen die Arbeiter dafür sorgen, daß die internationalen Gewerkschaften bei der Behandlung solcher Probleme in den Vordergrund gestellt werden. Wir wünschen nichts sehnlicher, als recht bald wirkliche Vertreter der russischen Gewerkschaften unter uns zu haben, die bereit sind, die gemeinsame Arbeit zu fördern, und die Bewegung in anderen Ländern zu spalten.

Der Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes lag in einer Druckchrift von 128 Seiten vor. An dieser Stelle kann nur erwähnt werden der Boykott gegen Ungarn, die Behinderung der Munitionstransporte im polnisch-russischen Kriege, die Aktion für die Wiener Arbeiterbesetzung und neuerdings noch weit größere Aktion für die Hungernden in Rußland. Die Spaltung der sozialistischen Internationale und die sich daraus ergebende Ohnmacht führten dazu, daß, wie auf vielen anderen reinen Gebieten der Internationalen Gewerkschaftsbund auch in Frage des 1. Mai die Initiative selbst in die Hand nehmen

mußte. Am 18. April 1920 rief der IOB die Arbeiter aller Länder auf, am 1. Mai für die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Durchführung der Beschlüsse von Washington zu demonstrieren. Der Aufruf für das nächste Jahr fügte noch die Forderung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Militarismus, des Eintretens für einen Weltfrieden, hinzu. Die Propaganda gegen den Krieg soll mit immer größerer Energie geführt werden. — Die Einnahmen und Ausgaben beliefen sich 1920 auf 156 000 holländische Gulden, wovon 54 000 Gulden für Gehälter, im Jahre 1921 auf 159 000 Gulden, wovon 84 000 Gulden für Gehälter erforderlich waren. Die beitragszahlenden Länder sind meist solche mit sehr geringer Valuta. Der Sitz des Sekretariats aber befindet sich in einem Lande mit sehr hoher Valuta, woraus sich erklärt, daß trotz der verhältnismäßig hohen Beiträge (Deutschland zahlte z. B. im letzten Jahre 472 000 Mt. Beiträge) die holländischen Organisationen mit Darlehen einspringen mußten. Infolge der sonderbaren Valutaverhältnisse stammt nominell mehr als die Hälfte aller Beiträge aus England.

Larnow (Deutschland) erkannte an, daß der Tätigkeitsbericht ein wertvolles Dokument darstellt, der über eine vielseitige Arbeit des Bureaus Aufschluß gebe, wenngleich man den Eindruck habe, daß manchmal etwas weniger Rührigkeit mehr gewesen wäre. Besonders aber müßten internationale Aktionen in Zukunft gründlicher vorbereitet werden, damit Mißerfolge, wie beim Boykott gegen Ungarn oder bei der Hilfsaktion für Dänemark, vermieden werden. Diesem Mangel, und nicht, wie der Bericht scheint durch bilden lassen zu wollen, der ungenügenden deutschen Mitwirkung, sei der ungarische Mißerfolg zu verdanken.

Zuawski (Polen) wandte sich dagegen, daß die verhängte Behinderung der Munitionstransporte sich nur gegen Polen, dessen Freiheit bedroht war, richtete und daß sie ohne vorheriges Inverbindungtreten mit den polnischen Organisationen erfolgte. Die polnischen Arbeiter hätten selbst durch den Generalstreik die Betätigung ihrer Regierung an diesem Kriege zu verhindern getrachtet. Als aber die Bolschewisten erobernd ins Land trangen und vor Warschau standen, da hätten auch die Arbeiter die bedrohte Republik verteidigen helfen müssen.

Bulfeg (Jugoslawien) bedauerte, daß die Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland in einem rein landwirtschaftlichen Gebiete erfolge und nicht in einem Gebiete, wo sie ermöglicht hätte, mit der Industriearbeiterchaft in Fühlung zu kommen.

Dumoulin (Frankreich) begrüßte, daß der IOB Arbeiter aus beiden Lagern der kriegführenden Länder wieder zusammenführen konnte und daß er alles tat, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu fördern. Dem vorgelegten Bericht stimmt auch er zu, wünscht aber nicht, sich dadurch für die zukünftige Haltung des Bureaus festzulegen.

Die Vertreter aus Lettland, Jugoslawien, Italien und Spanien sprachen für die ihrer Bewegung geleistete Hilfe und dankten, wobei der spanische Redner erklärte, daß er an seine Regierung gerichtete Protest des IOB gegen den weißen Schrecken bei der spanischen Regierung nicht ohne Wirkung geblieben sei und sich die Verhältnisse seitdem nicht wenig gebessert haben.

Fimmen (Sekretär): Der ungarische Boykott war ein Teilerfolg, besonders dank der österreichischen und tschechischen Eisenbahner, obwohl die Vorbereitungen hätten besser sein können. Darauf wird in Zukunft auch mehr Gewicht gelegt werden. Die Aktion gegen die polnischen Munitionstransporte habe sich nicht gegen Polen, sondern gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges gerichtet, und sie würde daher in ähnlichen Fällen stets wiederholt werden. Mit besonderer Genugtuung wies der Redner darauf hin, daß der IOB schon innerhalb zweijähriger Tätigkeit nach dem Kriege bis

Reisebriefe aus Italien.

II. (Schluß.)

Italiens Hauptstadt ist ganz sicher eine der interessantesten Städte der Welt. Wenn man an den teils noch gut erhaltenen Denkmälern römischer Baukunst steht, oder wenn man die Überreste der antiken Wasserleitung oder das Forum Romanum betrachtet, dann schreit man noch einmal die in der Schule absolvierten Geschichtslektionen. Rom hat nur einige wenige Hauptstraßen, zwischen diesen aber unentwirrbares Netz von engen und engen Gäßchen, die den Fremden die Orientierung ungemein erschweren. Obwohl wir heute den Weg von unserem Hotel zum Kongresslokal machten, so war mir stets das Gefühl, daß wir immer nur zufällig an unserm Ziel anlangten. In einem Nebenstraßen des Teatro Argentina fand der Kongress statt. In drangvoll fürchterlicher Enge saßen hier die Vertreter sämtlicher Nationen Europas, mit Ausnahme Rußlands, zusammen. Der Vorübergehende ahnte nicht, daß hier das Weltzentrum der Arbeit tagt. Keine Aufschrift, kein Emblem oder irgendwelches Kennzeichen verriet die Anwesenheit der Internationale. Nur die Faszisten (ital. Nationalisten) dem Kongress ähnlich unruhliches Ende bereitet hätten wie die Kommunisten, die dem Verbandstag der Bauarbeiter. Ein babylonisches Durcheinander schlägt an unser Ohr. Als Kongresssprachen werden

deutsch, englisch, französisch, italienisch und schwedisch anerkannt. Unsere früheren Bundesbrüder, die Tschechoslowaken, die Polen, Rumänen, Bulgaren und Ungarn, sie alle können ihr heimisches Idiom nicht benutzen. Sie reden alle ausnahmslos in deutscher Sprache, so daß man sagen kann, daß der größte Teil der anwesenden Delegierten sich der deutschen Sprache bedient. Thomas-England ist ein Kongressleiter, wie man ihn sich nicht besser wünschen könnte. Sein „Ordräh“ ertönt von Zeit zu Zeit, um die Ruhe herzustellen. Die lebhaften Franzosen und Italiener diskutieren fortwährend die neuesten Nachrichten aus Genua. Als der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, auch ein Thomas, aber aus Frankreich, im Kriege Munitionsminister, die Rednertribüne betritt, erfolgt ein heftiger Protest seines Landsmannes Bourderon, der aber bei den anderen Delegierten Frankreichs keine Beachtung findet. Die Schwierigkeiten der Verhandlung bedingen, daß in 5 bis 6 Tagen an praktischer Arbeit kaum mehr geleistet wird als auf nationalen Kongressen in einem Tage. Jeder Zwischenruf, jede Aeußerung muß ja in 5 verschiedene Sprachen übersetzt werden.

Die Italiener sind gastfreundlich. Auf dem Castello della Chiara arrangierte man einen sehr gut verlaufenen Begrüßungsabend. An einem anderen Tage wollte man uns das Städtchen Lodi, einige Meilen von Rom belegen, seiner berühmten Seidenwürdigkeiten wegen zeigen. Als die Kongreßteilnehmer eines Morgens die Straße

größte und einzige wirklich geschlossene internationale proletarische Nacht darstelle.

Der Bericht des Bureaus wurde darauf einstimmig gutgeheißen, desgleichen der von einem Bücherrevisor in Amsterdam geprüfte Klassenbericht.

Der 2. Tag (22. April) brachte die Aussprache über den Wiederaufbau Europas. Berichterstatter ist Jouhaux (Frankreich), der über die gleiche Frage auch eine kleine Druckschrift vorgelegt hat. Da die Stellungnahme des Genossen Jouhaux zu dieser Frage aus früheren Äußerungen zur Genüge bekannt ist, erübrigt es sich, hier ausführlicher zu berichten.

Leipart (Deutschland) verwies auf die beklagenswerte Lage der deutschen Arbeiterschaft und auf die Arbeitslosigkeit in den Grenzländern, zum Teil eine Folge der Geldwertung in Deutschland und Mitteleuropa, die die heutige ungesunde Weltwirtschaft und die falsche Politik widerpiegeln, die heute in Europa getrieben wird und die auch die russische Hungersnot verschuldeten. Die unersöhnlichen Reparationen, eine Politik des Hasses und der Rache, erschwert nicht nur die Lage der deutschen Arbeiter, sondern der Arbeiter aller Länder, denen man nicht die Wahrheit sagt, wenn man behauptet, daß die Deutschen ein Wohlleben führen und daß es unseren Arbeitern besser gehe als in anderen Ländern. Leider hören aber auch Arbeiterblätter erst mehr auf die gefärbten Berichte der bürgerlichen Presse als auf die Mitteilungen, die sie von unseren Gewerkschaften erhalten. Leipart ging dann ausführlich auf die heutige Wirtschaftslage Deutschlands über, auf den Kohlen- und Rohstoffmangel, der den Beschäftigungsgrad herabdrückt und auf die Wirkungen der Valutawandlungen, die schon technisch die Anpassung der Löhne an die Geldwertung fast unmöglich machen. Dabei wird der Hauptteil der Reparationsleistungen von den Entente-Kommissionen und Besatzungstruppen aufgebraucht. Gegen diese Verschwendung deutscher Wirtschaftskraft und des Schweißes der deutschen Arbeiter wenden sich diese voller Empörung und Zorn. Diese Politik muß durch internationales Zusammenwirken der Völker, durch eine Politik der Vernunft, der Versöhnung und der Menschlichkeit ersetzt werden. Der Redner beantragte, die von der vorbereitenden Konferenz in Genua beschlossene Resolution anzunehmen.

Ben Turner (England) schloß sich den Vorrednern an. Buozzi (Italien) wies darauf hin, daß es seinem Lande noch schlimmer geht als den besiegten Ländern, denn es hat auch in den neu gewonnenen Gebieten keine Rohstoffe. Der Zusammenbruch künstlich geschaffener Kriegsindustrien und die Unmöglichkeit der Auswanderung haben dazu geführt, daß Italien heute eine Million Arbeitslose und eine halbe Million Kurzarbeiter zählt. Nur die Annullierung der Kriegsschulden und die internationale Regelung der Rohstoffverteilung können die heutige Lage wirklich bessern, und das sollte in der Resolution noch schärfer zum Ausdruck kommen. Auch ich wünsche, daß alles geschieht, um den Wiederanschluß der amerikanischen Gewerkschaften an den IWB. herbeizuführen.

Madse (Dänemark) berichtete über die Lage in den skandinavischen Ländern und über das Ergebnis der letzten großen Kämpfe.

Hierauf wurde die bereits von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Genua beschlossene, der Internationalen Wirtschaftskonferenz der Regierungen überreichte Resolution (siehe „Gew.“ Nr. 20) einstimmig gutgeheißen.

Am 3. Tage (24. April) referierte Mertens (Belgien) über „Die internationale Reaktion und der Kampf um den Achtstundentag“. Das internationale Kapital ist in allen Ländern bestrebt, die Arbeiterschaft wieder in den alten Zustand der Sklaverei zu versetzen. Alle dem Arbeiter während des Krieges gemachten Versprechungen scheinen vergessen, ja sogar die Unterstützung der durch die wahnsinnige Wirtschaftsordnung arbeitslos Geworde-

dorthin antreten wollten, wurde sie behördlich verboten, denn tags zuvor hatten sich die Faschisten und Kommunisten in Lodi eine Schlacht geliefert; mehrere Verwundete bzw. Tote sollen zu verzeichnen gewesen sein. Also wurde das Städtchen militärisch abgesperrt und wir mußten unsere Absicht, dorthin zu gelangen, aufgeben. ... Verlauf und Ergebnis des Kongresses wird an anderer Stelle geschildert, so daß ich hier darauf verzichten kann.

In einigen Tagen hatten wir allmählich Spagati und Makkaroni vorchristlichmäßig essen gelernt, was oft zu Heiterkeit Anlaß gab. Brot und Wein hat der Italiener, wie es im deutschen Vaterlande kaum zu finden ist. Das arbeitende Volk findet man vornehmlich in den Cafés del Espresso und in den Weinstuben niedersten Ranges. In den letzteren fällt es dem Nordeuropäer schwer, sich längere Zeit aufzuhalten wegen des dort herrschenden unbefreiblichen Schmutzes.

Die soziale Lage des arbeitenden Volkes in Rom ist keine glänzende. Abends findet man auf Steinterrassen, vor den Haustoren der Reichen, in Borräumen und Hallen, in den Säulengängen, auf Bänken der öffentlichen Plätze Hunderte, wahrscheinlich Laufende, die sich dort zur nächtlichen Ruhe niederlegen. Mehr als einmal fanden wir junge Mütter mit Säuglingen die Nacht im Freien zubringend, obwohl das Wetter außerordentlich kühl und regnerisch war. Siebenuhrschluß, Sonntagsruhe und dergleichen Ein-

nen möchte man wieder einstellen in der Hoffnung, daß arbeitslose leichter noch zu Werkzeugen des Profits gemacht werden können. Der Kampf gegen diese allgemeine Reaktion muß sich nach den Verhältnissen in den einzelnen Ländern richten. Daher werden auch in der vorgelegten Resolution die Möglichkeiten gelassen, je nach den Bedürfnissen die Taktik zu wählen. An der Hand der Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes wies der Redner den Umfang und die Wirkung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern nach. Er erklärte, daß auch in Belgien manche Unternehmen ihren Betrieb einschränken, nur um die dadurch arbeitslos Gewordenen willfähriger zu machen. Es gehe in allen Ländern jetzt immer um den Grundsatz des Achtstundentages wie auch um die Frage des Lohnabbaues. Dagegen müsse die gewerkschaftliche Internationale ganz entschieden Stellung nehmen. Ganz wichtig würde der Kampf allerdings erleichtert werden, wenn auch der Beitritt der amerikanischen Gewerkschaften bald wieder erfolgen würde, auch die russischen Arbeiter ihr volles Koalitionsrecht ausüben könnten.

Dumoulin (Frankreich) meinte, das Kapital wolle die Gelegenheit ausnützen, um die ihm abgerungenen Zugeständnisse zurückzuerobern. Leider helfe ihm in allen Ländern das traurige Ergebnis der bolschewistischen Experimente. Den Deutschen erlaube der Redner, daß der in Genua abgeschlossene deutsch-russische Vertrag leider zur Verstärkung der reaktionären Politik beitrage. Hoffentlich müsse mit den Russen die Einheitsfront hergestellt werden, das gebe nur, wenn die russischen Gewerkschaften sich von der Mundschwanzerei ihrer Regierung frei machen und sich selbständig wideln könnten.

Für und gegen den Achtstundentag.

Durch unerfättliche Profitgier angetrieben, entsetzt das Unnehmertum aller Länder zurzeit einen Offensturm gegen die Festsetzung des Achtstundentages. Sein Geschrei in Deutschland lautet: „Wir brauchen mehr Waren, um die Volkswirtschaft aufrecht zu halten“. Allen gegenteiligen Erfahrungen und Urteilen entgegen, der Unternehmer zum Trotz, soll dies durch Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden. Es ist aber nicht die Sorge um die Volkswirtschaft, sondern neben der Profitgier der Kapitalisten, die Arbeitgeber zu ihrem Vorgehen treibt. Die Arbeiter sollen ihnen zu auffällig und die Verlängerung der Arbeitszeit, die vermehrte Ausbeutung und physisch stärkerer Ermüdung der Arbeiter gleichbedeutend ist, soll dem Unnehmertum das stärkere Niederhalten der Arbeiterklasse sein. Allerdings bemühen sich nun nach Leibesträften, den Kapitalisten Argumente zu ihrem Geschrei um die „bedrängte Volkswirtschaft“ und zur Befestigung des Achtstundentages zu liefern. Darunter finden sich leider auch Leute, die sich noch immer für Sozialisten halten und in Gutachten und Zeitungsartikeln nachzuweisen haben, daß der Achtstundentag volkswirtschaftlich unhaltbar sei. Gegen diese Kalkül, Schippel, Mag Cohen und Lindemann nimmt erfreulicherweise der Vorsitzende der SPD., Otto Weis, in einem Artikel der durch die rechtssozialistische Presse geht, sowie der Vorsitzende der SPD., angehörende sächsische Wirtschaftsminister Heßler in Nr. 7 der „Blode“ Stellung. Weis sagt, daß die fälschlicherweise Metallarbeiter mit ihrem Kampf um die Erhaltung der 46-Stunden-Woche gleichzeitig den Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages für die gesamte Arbeiterklasse führen. Nachdem er die Schimpf- sprüche der bayerischen, württembergischen und badischen Schöp-

richtungen, an die wir uns in Deutschland gewöhnt haben, fenne kaum dem Namen nach. Spät abends noch in der 11. Stunde die Verkaufsstätten geöffnet, steht man durch die offenstehenden Fenster und Türen Handwerker bei ihrer Arbeit. Sogar Eisenarbeiten des Sonntags.

Bergangene Pracht und Größe gibt's in Rom zu schauen, an der Reuzzeit einige glänzende Bauwerke (Justizpalast, Parlamentsgebäude usw.), darunter ein Nationaldenkmal, das alles in den Schatten stellt, was Deutschland auf diesem Gebiet aufzuweisen hat. Steht man auf dem Platz vor der Peterkirche, dann hat man die Empfindung, sich in einem ehemaligen Nachtzentrum der Welt zu befinden. Kunst, Wissenschaft und Arbeit haben hier zum Glück gewirkt. Aus allen Ländern sind die Mittel zu diesem gemeinlichen Bauwerk zusammengeholt worden, um es zu Ehren der römisch-katholischen Kirche zu errichten. Hier fühlt man, daß das Papsttum die Weltmacht gewesen und schließlich auch noch ist. Daran schließen sich die Gärten des Vatikan und die Siginische Kapelle. Ein römischer Römer erhebt gerade das Sakrament der heiligen Taufe in der St. Peter sein fürchterliches Gebrüll, aus dem das Italiensisch noch nicht auszuhören war, durchhallte die weiten Räume des Gotteshauses. Mit gelassener Heiterkeit waltete der Gottesmann seines Amtsgewandes. Das Praktische wird mit dem „Angenehmen“ verbunden.

...schiffe kritisiert hat, die an Stelle der 46- bis 48-Stunden-...
...wollen, fährt Wels fort:

...den alten Lebensunter über die „Gefahren“ des Achtstundentages, ...
...unfähigkeiten der süddeutschen Industrie wurden als Stützpunkte ...
...Ziele der Arbeitseinstellung eingestuft und anderes mehr. Es ...
...Verlängerung der Arbeitszeit eingeführt und anderes mehr. Es ...
...nicht verwirklicht werden, daß man sich besonders der An- ...
...als Grundbediente, die von Männern wie Lindemann, Ka- ...
...Hoben, Zappell in öffentlichen Zeitungen und Zeitschriften ...
...Herr des Achtstundentages in der gegenwärtigen Zeit nieder- ...
...Man konnte sich da mit behaglichem Schmuzeln auf ange- ...
...Sozialdemokraten“ berufen, obwohl jedes politische Kind ...
...Land weiß, wie weit alle die genannten Schriftsteller und Ge- ...
...von der Führung in der Partei entfernt sind. Wenn sie mit der Füh- ...
...Partei verlassen waren, brächte ihre Pflicht sie ja in Verlehr mit ...
...Partei über ihren für das Unternehmertum so zeitgemäßen ...
...und Geschäftsleitungsgebrauch urteilt. Sie würden dann von ...
...in den Verlehen hören können, daß es nach Meinung der ...
...macht die Aufgabe von Sozialdemokraten sein kann, die „Atmo- ...
...mit schloßen zu helfen, die einer Verlängerung der Arbeitszeit ...
...In der achtstündigen Arbeitswoche verteidigen die Metall- ...
...der Zwecke der Achtstundentages, die die Unter- ...
...nach planmäßiger Arbeit durch Tausende von Zeitungs- ...
...glauben gemacht zu haben. Sonst wäre die Ablehnung ...
...Verantwortung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns durch ...
...nicht verständlich. ... Die Kapitalisten wollen ...
...machen, daß sie die Produktionsinteressen der deutschen ...
...durch die Erzwingung der 48-Stunden-Woche verfechten. ...
...Kedenermangel zeigt, wie unwahrscheinlich diese Behauptung ...
...Zweimalen Zeitraum ist. Zeit 12 Wochen ist durch die Schuld ...
...die jüdische Metallindustrie zum Stillstand gebracht ...
...zu werden, das sind 502 Stunden, ist die Produktion unterbrochen ...
...Wochen, also mehr als 5 Jahre verstreichen ...
...Verlängerung der Arbeitswoche von 46 auf 48 Stunden ...
...in jüdischer Produktionseinstellung ausgeglichen sein würde. ...
...und die Bedingung sich gestalten, wenn der Streit sich noch ...
...Sinnhaftigkeit hinzieht? Kennt kein Syndikus der süddeutschen ...
...den finanziellen Rückhalt, den die deutschen Gewerkschaften ...
...interessen bieten können? Hat keiner von ihnen berechnet, wie ...
...ist noch allein die materielle Kräftigkeit des Deutschen ...
...Ansehensbandes ist? Hat sich keiner der wohlweisen Berater der ...
...Metallindustrie die Frage vorgelegt, was in dem harten Wett- ...
...der deutschen Industrie um den Weltmarkt der Stillstand der süd- ...
...Metallindustrie für unsere Kontrahenten bedeutet? Die Antwort ...
...in der Festhaltung der schweren Schädigung allgemeiner deutscher ...
...interessen durch die süddeutschen Metallindustriellen, gegen die ...
...Ansehensband in harter Geschlossenheit sich zur Wehr setzt. Jeder ...
...Arbeiter muß heute wissen, um was der Kampf in Süd- ...
...geht. Diese Erkenntnis muß das proletarische Pflichtbewußt- ...
...Nicht nur im Süden, sondern auch im Norden kämpfen ...
...für die verkürzte Arbeitszeit und sichern uns gemeinsam die höchste ...
...Erhaltung der Revolution.

...schärfer als Wels legt sich Fellisch für den Acht-
...tag ein. Den Argumenten der Schippel, Kallist und Ge-
...legt er folgendes Urteil des deutschnationalen Stadtver-
...ten und Fabrikdirektors Burger in Chemnitz gegenüber:

„Man weiß dem Achtstundentag zu Unrecht mangelnde vor, unter-
...auch, daß er an der Minderleistung der deutschen Produktion ...
...schon frage. Bei dem Unternehmen, dem ich vorstehe,
...der Achtstundentag eine Minderleistung nicht ...
...acht. Infolge der nicht ausgegebenen Akkordarbeit werden für

eine Leistung, für die früher rund 100 Stunden ebenfalls im Akkord
gebraucht wurden, jetzt nur noch etwa 80 Arbeitsstunden beansprucht.
Diese Mehrleistung ist unter allen Umständen auf eine bessere Aus-
nutzung der Arbeitszeit zurückzuführen. Die zweifelhafte Verteilung
der Arbeitszeit ist die Ursache, daß sich die Produktion bei meinem
Unternehmen um rund 15 Proz. gesteigert hat. Der Achtstundentag
muß überall dort eingeführt werden, wo es wirtschaftlich prak-
tisch ist.“

Fellisch sagt hierzu:
„Sozialisten wie Max Schippel, die von der Notwendigkeit der Ver-
längerung der Arbeitszeit wie von einer Selbstverständlichkeit reden,
können von diesem deutschnationalen Fabrikdirektor immerhin noch
manches lernen.“

Fellisch fährt dann fort:
„Das tolle Stück von Beweiskführung für die Wiederverlängerung der
Arbeitszeit leistet sich nach meinem Dafürhalten der Genosse Cohen-Kreuz,
der im „Zinn“ begründend ausführte, der Krieg habe ungezählte Produkte
und Rohstoffe aufgezehrt, Menschen und Produktionsmittel in ungehörter
Zahl vernichtet und die Produktionsfähigkeit der Menschen selbst ver-
schleudert. Wer nicht aus der sozialistischen Ideewelt vollständig heraus-
geschliffen ist und wenn der Kampf der Sozialdemokratie dazu vorhanden
erscheint, die unteren Volksschichten aufwärtszuführen, der mühte doch mit
unabweisbarer Folgerichtigkeit dazu kommen, eine größere Schonung der
menschlichen Arbeitskraft zu verlangen, eben weil sie durch den Weltkrieg
germüht wurde! Wenn Cohen aus seiner eigenen Tatsacheneinstellung
umgekehrte Schlüsse zieht, so beweist das den Grad geistiger Verirrung,
der sich in unseren Reihen mitunter bemerkbar macht. — Rein praktisch
verhält es sich heute so, daß unter dem Achtstundentag die Güterpro-
duktion Deutschlands gar nicht erheblich leidet. Aber selbst, wenn das der Fall
wäre, so wäre noch immer die Frage zu beantworten, ob die Vernichtungen
des Krieges vom deutschen Volke gutgemacht werden sollen auf Kosten
des Profits der Unternehmer oder lediglich zu Lasten des Proletariats.
Der Gedanke, daß das Beharren der Arbeiter auf einer verkürzten Arbeits-
zeit das Unternehmertum zwingt, durch Verbesserungen der Technik und
der Arbeitsmethoden die Produktivität zu erhöhen, scheint manchem So-
zialisten ganz entfallen zu sein. Diejenigen, die gemeinsam mit einem
kurzsichtigen Unternehmertum heute die Beseitigung des Achtstundentages
verlangen und diese Maßnahme mit Gegenwartsnotwendigkeiten zu be-
weisen versuchen, sollten vor allem nicht so naiv sein, zu glauben, man
könnte den verlängerten Arbeitstag, wenn man ihn jetzt schaffen könnte,
auch wieder los werden, sobald es genügt. Ist die Arbeiterklasse im
Zeichen der Hochkonjunktur nicht imstande, diese wertvolle Kulturerrungen-
schaft zu erhalten, so würde sie diese erst recht im Zeitalter der herein-
schleichenden Krise aufgeben müssen. Wir ständen dann vor der Kata-
strophe, daß die neun- oder zehnstündige Arbeitszeit zusammenfiel mit
einer Wirtschaftskrise und der durch diese hervorgerufenen Massenarbeits-
losigkeit. Dies wäre das schlimmste Resultat einer Wirtschafts- und So-
zialpolitik, an der Sozialdemokraten hervorragend mitgewirkt hätten. —
Glücklicherweise brauchen wir solche Befürchtungen nicht zu hegen. Denn
mögen Kallist, Cohen, Schippel oder wie sie sonst noch heißen, auch den
vergeßlichen Versuch der Beseitigung einer Novembererrungenschaft machen:
die Masse der Arbeiter im Lande wird klug genug sein, sich dadurch nicht
betören zu lassen. Der Achtstundentag ist ebenso notwendig, wie er möglich ist. Er wird dem deutschen Proletariat
auch niemals gegen seinen Willen genommen werden können. Gefährlich
und schwer ist nur der Kampf, der da mit den Unternehmern noch geführt
werden muß. Gefährlicher aber kann er der deutschen Arbeiterklasse da-
durch werden, daß sich das Unternehmertum auf Krönzugen aus sozial-
demokratischem Lager berufen kann.“

Für freuen uns, daß jenen sozialistischen Außenseilern von
Führern der SPD. wie Wels und Fellisch, in dieser Weise entgegen-
getreten wird. Wir können die Ausführungen nur unterschreiben.

...findet in italienischen Kirchen gleichzeitig Bars und Kinos!
...verlassen Rom, um über Ancona die Rückreise anzutreten.
...als die Westküste Italiens ist die östliche. Städte und Dörfer,
...teilbar am Ufer der Adria liegend, machen einen weit freund-
...ten und lauberen Eindruck als die im Westen gelegenen Or-
...Abends fährt der Zug über eine schmale, künstlich hergestellte
...brücke in den Hauptbahnhof von Venedig ein. Wasser links
...des der Gesele. Im Hafen liegt der ehemalige österrreichische
...„Legation“ und andere kleine Kriegsschiffe, die der Vene-
...mit Stolz dem Fremden zeigt als sichtbares Zeichen seines
...es. Die Rom, so zieht auch Venedig von der Vergangenheit. Einige
...ende Paläste und namentlich der Markusplatz bieten eine wahre
...gewände, alles übrige zeigt den Verfall und Niedergang. Doch
...merkwürdige Stadt ist Venedig, die Eindrücke hinterläßt, die
...nie vergeht. Sünderte von Kanälen stellen die Straßen dar.
...Gondel stellt sich uns zur Verfügung für 15 Lire die Stunde.
...den Gondeln ist auf dem Canale Grande ein regelmäßiger
...verkehr. Das ist alles, was der Venetianer zu seiner Fort-
...egung in Anspruch nehmen kann. Die arbeitende Klasse ver-
...auf beide Transportmittel und legt die verhältnismäßig
...Entfernungen in der dicht bebauten Stadt per pedes aposto-
...zurück. Bürgersteige in den Straßen gibt es nicht, weil sie

überflüssig sind, denn in Venedig haben wir weder ein Fuhrwerk mit
Pferden bespannt, noch ein Automobil, noch einen Radfahrer ge-
sehen. In einem halbdeutschen Hotel, das erst vor acht Tagen seine
Pforte geöffnet hatte, übernachteten wir, und zwar einigermaßen
preiswert und sehr sauber, was man von unserem Hotel in Rom
nicht sagen konnte. Auf der Rückfahrt in Verona benutzten wir
die wenigen Stunden Rast, um uns dies sowohl wie Porta
Novoa anzusehen. Auch hier Ueberreste uralter Kultur. Sinnend
steht man vor diesem Markstein der Vergangenheit. Verona, der
größte Waffenplatz Italiens, liegt jetzt friedlich da. Hier haben im
Weltkriege in unmittelbarer Nähe bei Rovereto zwischen Italienern
und Oesterreichern heisse Kämpfe stattgefunden. Die allgütige Mutter
Natur hat bereits dafür gesorgt, daß die Kriegspuren unsichtbar ge-
worden sind, und nur einige zerbrochene Hüllen zeugen von dem
Kampfe.

Es geht heimwärts. — Man spricht über die italienischen Er-
lebnisse. Aus der Poesie Italiens lehren wir zurück in die Prosa der
deutschen Arbeit. Völker, Länder und Sitten sind sehr verschieden,
überall Eigenart, und das ist gut so, sonst wäre die Welt ein Stein-
baukasten und das Leben der Menschen ein altpreussischer Parade-
marsch.
F. M.

Reichs- und Staatsarbeiter

Lohnzahlung für die durch die Tätigkeit als Schöffen oder Geschworener entstandene Arbeitszeitverlängerung. Der Reichsverkehrsminister hat unter dem 3. Mai 1922 für die an den Reichswasserstraßen beschäftigten Arbeiter folgendes verfügt: „Im Hinblick darauf, daß auch das erhöhte Tagesgeld der Schöffen und Geschworenen den Tageslohn eines Arbeiters bei weitem nicht erreicht und daß nicht ohne Berechtigung die Auffassung vertreten werden kann, daß diese Tagesgehälter keine Gebühren sind, genehmige ich im Einvernehmen mit den Herren preussischen Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (Abwicklung Wasserbau) im Verwaltungswege, daß den Arbeitern für die zur Wahrnehmung eines Schöffen- und Geschworenenamts erforderliche Zeit der Lohn des § 3 Ziffer 1 LTWB. (§ 2 Ziffer 1 LTWA. und LTBS.) fortgezahlt wird. Nachzahlungen hiernach für die zurückliegende Zeit dürfen nicht gefordert werden, da nach den vereinbarten Ausfüllungsbestimmungen zu § 20 LTWB. Ziffer 9 (§ 19 LTWA. Ziffer 9 und § 14 LTBS. Ziffer 9) ein Anspruch auf die Fortzahlung des Lohnes grundsätzlich nicht besteht.“

Der „königlich preussische Oberamtmann“. Die reaktionäre Einstellung des pommerischen Landbundes veranlaßte die Arbeiterschaft des Remonteamts Neuhoft-Treptow, dem Landbunde den Rücken zu kehren und sich unserem Verband anzuschließen. Daß die Zugehörigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Organisation dem Herrn Oberamtmann Fischer ein Dorn im Auge ist, finden wir selbstverständlich. Unzweifelhaft ist es dagegen, wenn der Leiter des Remonteamts sich anlässlich der Verlobung seiner Tochter in aller Öffentlichkeit (siehe „Treptower Anzeiger“ vom 12. 4. 1922) als „königlich preussischer Oberamtmann“ bezeichnet. Wir trauen dem Herrn Isolat Ehrenhaftigkeit zu, daß er baldigst um eine Stellung in einem Staate nachsicht, in der die vorgenannte Titelbezeichnung angebracht ist. Vorkünftig fühlt sich der „königlich preussische Oberamtmann“ aber sehr wohl in den republikanischen Gejiden, was wiederum verständlich erscheint, wenn man das Einkommen des betreffenden Herrn unter die Lupe nimmt. An Gehalt bezieht der „königlich preussische Oberamtmann“ annähernd 80 000—90 000 Mk. im Jahr. Ferner stehen zur Verfügung ca. 9 Morgen Gartenland, auf dem viel Gemüse gebaut wird, ein sogenannter Fuhrwäcker, der von Beruf Gärtner ist, besorgt die nötigen Arbeiten. Ferner werden für den Herrn Oberamtmann ca. 3—4 Morgen Kartoffeln gepflanzt. Außerdem stehen 4 Kühe im Stall, 4 Schafe sind ebenfalls vorhanden, natürlich fehlt auch das nötige Geflügel nicht. Zu bemerken wäre noch, daß Holz und Kohlen ebenfalls geliefert werden und freie Dienstwohnung vorhanden ist. Sobald jedoch die Arbeiter den Teuerungsvhältnissen entsprechend höhere Löhne fordern, wird Zeter und Mordio geschrien. Um die Weisung des Reichsstaatsministeriums an die Verwaltung des Remonteamts, der Beitritt zum pommerischen Landbund sei im Interesse einer neutralen Haltung der Staatsverwaltungen unstatthaft, bestimmt sich der betreffende Herr sehr wenig darum. Es wird im Gegenteil abgelehnt, mit einer freigewerkschaftlichen Organisation einen Tarifvertrag abzuschließen mit der Begründung, das Remonteamt sei Mitglied des pommerischen Landbundes und dürfe nur die Sätze zahlen, wie sie von diesem festgelegt werden. Folgender Fall beweist, daß man sich nicht scheut, Terror anzuwenden, um die Arbeiterschaft in den pommerischen Landbund hineinzuzwängen. Am 7. März 1921 wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen und durch Schiedsgericht der Spruchkammer Stargard entschieden, daß der Vertrag auch für die Remonteamtsarbeiter Geltung haben solle. Widerspruchlos wurde dem von der Verwaltung zugestimmt. Als Mitte November eine weitere Zulage zu den bestehenden Tariflöhnen gewährt wurde, lehnte sie die Verwaltung ab, denjenigen Arbeitern, welche nicht im pommerischen Landbund organisiert waren, diese Zulagen ebenfalls zu zahlen. Die Ablehnung der Zahlung erfolgte, weil nach Angaben der Verwaltung dies vom pommerischen Landbund ausdrücklich verlangt wurde. Befragt den Fall, eine freigewerkschaftliche Organisation hätte die Zulagen zu den Tariflöhnen vereinbart, würde die Verwaltung da ebenso gehandelt haben? Wir können auf diese Frage getrost mit Nein antworten. Im Gegenteil hätte man vom roten Terrorismus und ähnlichen schönen Sachen gesehelt und die ganze gegnerische Presse auf den Plan gerufen. Die Arbeiterschaft ist nicht länger gewillt, eine derartige Einschränkung ihrer Rechte länger zu ertragen. Sie ist bereit, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß das Koalitionsrecht gewahrt bleibt. Die Arbeiterschaft fordert, daß das Reichswehrministerium als Aufsichtsbehörde den in Vorlage gebrachten Tarifvertrag baldigst zum Abschluß bringt.

Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst, er trägt nicht Gold, er trägt nicht Fürstengunst, er bringt Verbannung, Hunger, Schmach und Tod. Und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst.

Ludwig Uhland.

Landstraßenwärter

Pommern. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landstraßenwärter Pommerns sind, trotzdem ein Arbeitgeberverband in dieser Landkreise vorhanden ist, verfallen. Von den 28 Kreisen sind nur 10 Kreise in Verhandlungen getreten. Die Verhandlungen sind schwierigen und kostspieligen Verhandlungen gelang es um und nach, wenigstens einigermaßen den Lohn der Wärdter den Teuerungsvhältnissen anzugleichen. Rund 40mal wurden die Teuerungsausschüsse angerufen, nie aber wurden die gefällten Beschlüsse anerkannt, so daß der Kampf stets vor dem Regionalpräsidenten ausgetragen werden mußte. Augenblicklich stehen die Wärdter wieder in einer Lohnbewegung. Für 14 Kreise sind Beschiedsprüche gefällig, welche ab 1. März 60 Mark und ab 1. 70 Mark pro Tag vorsehen. Die Kreise lehnen es ab, vorab Sätze zu zahlen, weil sie vom Arbeitgeberverband daran gehindert werden. Dieser überläßt zwar den einzelnen Kreisen die Verhandlungen mit der Organisation, schreibt jedoch förmlich über die die einzelnen Kreise nicht hinausgehen dürfen, wollen sich nicht der Gefahr aussetzen, eine Konventionallöhne von 30 000 Mk. zu zahlen. Zurzeit sind Tageslöhne von 46—49 Mk. gefällig. Infolge seines unsozialen Verhaltens steht die Arbeiterschaft des AOB. bevor, da viele Kreise zum Ausdruck bringen, daß vom AOB. festgelegten Sätze vollständig unzureichend sind und die Wärdter im Hinblick auf die enorme Teuerung bei weitem das Existenzminimum erreichen. Vor den Schlichtungsausschüssen und bei Lohnverhandlungen wird von einzelnen Kreisen hervorgehoben, daß infolge weiterer Bergünstigungen, wie Holzszugung, Unterstützung bei Unfällen, Krankheit und Lohn der Wärdter angemessen sei. Wie es mit diesen Bergünstigungen bei näherer Betrachtung ausbleibt, davon wollen die Wärdter nichts wissen. Gras- und Holzszugung wird durch die leitende Arbeiterschaft vollständig aufgewogen. Ferner wurde festgestellt, daß Wärdter, welche bereits 30 bis 40 Jahre dem Kreise gedient, mit 60 bis 150 Mk. Pension vierteljährlich erhalten werden. Wegen diese Zustände führen die Wärdter vermehrt die Organisation einen energischen Kampf. Leider aber stehen die Wärdter abseits oder sind im christlichen Verbände, der jedoch wie sie der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband ermahnen aufzuweisen hat, ja geradezu die Interessen seiner Mitglieder zu Füßen tritt. Den besten Beweis hierfür haben wir in einer Sammlung in Reußelitz erhalten, wo 100 Mann geschlossen übergetreten sind. In einem Schreiben vom 23. März 1922 an die Bezirksleitung des christlichen Landarbeiterverbandes wird dem mit, daß die Kreise infolge finanzieller Belastung keine höhere Löhne zahlen können. Sie gibt den Schredschuß ab, daß eventuelle weiterer Lohnforderung die Kreise gezwungen würden, die Arbeit auf den Landstraßen an private Unternehmer zu vergeben. Ferner leistet sich dieses Verbändchen eine Unwahrheit, indem es behauptet, daß in den Kreisen, wo die im christlichen Verbände organisiert sind, höhere Löhne zu werden. Wir stellen fest, daß den Wärdtern, welche unter Organisation angehören, bereits ab 1. Oktober bzw. 1. Januar 20 Tagelohn gezahlt wurden, während die dem christlichen Landarbeiterverband angeschlossenen Wärdter jedoch noch am 1. März einen Tageslohn von 23 bis 28 Mk. erhielten. Die Wärdter sollten einlehen, daß sich zu einer Einheitsfront in unserem Verband zusammenschließen müssen. Befolgen die Wärdter unseren Rat, wird es der Organisation möglich sein, die kommenden sozialen Wirtschaftskämpfe reich zu bestehen und auch für die Landstraßenwärter angemessene Löhne herauszuholen.

Aus unserer Bewegung

Gaukonferenz in Baden. Die Gauleitung Karlsruhe hatte Sonntag, den 14. Mai, nach Karlsruhe eine Gaukonferenz einberufen die von 38 Filialen mit 11 500 Mitgliedern durch 60 Delegierte besucht war. Weiter war anwesend der Verbandsvorsitzende Müntner, Berlin und der Kartellvorsitzende Hofmann, Karlsruhe. Gauleiter Bürker berichtete über das letzte Lohnabkommen der Bezirkschiedsstelle für die Gemeindegewerkschaften. Der Kartellverband hatte sich bei den letzten Verhandlungen außerstande überhaupt ein Angebot zu machen, so daß die Bezirkschiedsstelle angerufen werden mußte. Die dort getroffene Vereinbarung ab 1. Mai eine Lohnerhöhung vor für alle Arbeiter in Dresden 3,50 Mk., B: 3,20 Mk., C: 2,80 Mk. Oelernte und angelernte Arbeiterinnen erhalten 75 Proz. und ungelernete Arbeiterinnen 60 Proz. dieser Sätze. Eingehend wurde von mehreren Delegierten gewiesen, daß diese Lohnerhöhung die inzwischen eingetretene Teuerung nicht auszugleichen vermag, zumal in Baden als Grenzgebiet die Preise für Lebensmittel und alle anderen Bedürfnisse besonders in die Höhe getrieben werden. In der Erwartung, daß das nächste Abkommen der Teuerung mehr Rechnung trägt, formulierte die Konferenz dem Verhandlungsergebnisse zu. — Kollege Müntner referierte hierauf über die neue Statutenvorlage. Die Erhöhung der Beiträge sei eine unabwiesbare Notwendigkeit, wenn die

Lebensfähig und schlagfertig erhalten bleiben soll. Auch...
Veränderung in organisatorischer Hinsicht, wie die Schaffung eines...
Kollektivvertrag, sei durch die Entwicklung notwendig geworden. Kollektivvertrag...

Von Frankfurt a. M. In der Verhandlung am 8. Mai 1922...
für das hiesige nassauische Wirtschaftsgebiet folgende Löhne...
festgelegt: A. Allgemeine Löhne für...
Arbeiter über 20 Jahre:

Table with 5 columns (A, B, C, D, E) and 5 rows of wage data for different age groups.

Haushaltszulage beträgt 80 Pf. für die Arbeits...
Kinderzulage beträgt pro Kind und Stunde 70 Pf...
Gemeinden, in denen seitens des Reiches Ueberteuerungs...
gehabt werden, wird ein Ueberteuerungszuschuß...
gewährt: Ortsklasse A pro Stunde 1 Mt. Alle anderen...
pro Stunde 75 Pf. Am übrigen gilt für die Zahlung der...
Zuschüsse die Bestimmung des Reiches. C. Jugend...
Arbeiter erhalten nach Vollendung des 19. Lebensjahres...
die Hälfte:

Table with 5 columns (A, B, C, D, E) and 5 rows of wage data for young workers.

Jedes Lebensminderalter findet ein Abzug von 10 Proz. von...
Löhnen statt. D. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des...
Gesetzes vom 28. November 1921 bestehen.

Von Frankfurt a. d. O. Am 5. April 1922 wurde in Land...
a. d. B. ein Bezirksarbeitgeberverband der...
aufgegründet. Mit ihm fanden am 10. April d. S. die...
Rechnerhandlungen statt, die folgenden Bezirkslohn...
tarife. Die Lohnsätze gelten für Mai, die in (...) für April 1922:
Klasse I. (Küstrin, Frankfurt a. d. O., Landsberg a. d. B.,
Arbeiter 13,50 Mt. (11), ungelernete Arbeiter 13 Mt. (10,50),
Schmerzarbeiter in Landsberg a. d. B. und Chauffeurarbeiter in
Landsberg 12,50 Mt. (9,50), gelernte und hzw. angelernte oder
Vorarbeiterinnen 8,50 Mt. (7,40), ungelernete Kollarbeiterinnen
7,50 Mt. (6,90), Ortsklasse II. (Berlinchen) Gelernte Arbeiter
12 Mt. (9,50), angelernte Arbeiter 12,50 Mt. (10), ungelernete Ar-
beiter 7,50 Mt. (6,40), ungelernete Kollarbeiterinnen 7 Mt.
Ortsklasse III. (Melerig) Gelernte Arbeiter 10 Mt.
ungelernte Arbeiter 9,50 (9), ungelernete Arbeiter 9 Mt. (8,50),
Kollarbeiterinnen 5,50 (4,90), Funktionszulagen
auf 20 Proz. der Lohnsätze, Vorarbeiter, Kolonnenführer,
Rechner, erste Maschinenisten, Aufsichtspersonen 25 Pf. pro
Stunde mehr gezahlt. Zulagen. Bei folgenden Arbeiten werden
zum normalen Stundenlohn gewährt, und zwar: 1. bei
Reinigungs- und dazugehörigem Ausharzen, Arbeiten
in Kanälen, mit Reinigungs- und Entfäugungsgefahr verbunden ist,
2. Reinigen von Teergruben und Betriebsrohrleitungen,
Reparaturen im Innern des Ofens, Arbeiten im
Reinigen, Behalten von Räumen und Apparaten durch
Reinigungsarbeiten und Reparaturen von Ammoniak-
behältern, 3. bei Kanal- und Klosettverstopfungen
Arbeiten an Wasser-, Filterreinigen, Reinigen von
Kochkesseln, Arbeit im Innern, Behälterfreieren,
Reinigung, Arbeiten im Akkumulatorenraum, Beschneiden
von Zweigen, wenn eine Gefahr verbunden ist, 0,50 Mt. So-
fern unterhalb des Mindestalters ein Kind bis zum 14. Lebens-
jahr (8. Schuljahr) eine Beihilfe von 50 Pf. pro
Stunde erhält. Für die Gewährung der Kinderzulagen
erhalten die hiesigen Grundbesitzer für die Beamten meh-
reren Personen mit eigenem Hausstand erhalten
Löhne von 30 Pf. pro Stunde. — Lohn der Jugend...
Arbeiter im Alter von 16-17 Jahren 70 Proz., im
Alter von 18-19 Jahren 90 Proz., des Voll-
alters 100 Proz. Der Lohn der Jugendlichen unter
den betreffenden Klasse. Der Lohn der Jugendlichen unter

16 Jahren wird im Einvernehmen mit dem Betriebsrat festgelegt.
Der Lohn der Lehrlinge beträgt: im ersten Lehrjahre
1,60 Mt., im zweiten 2,50 Mt., im dritten 3,50 Mt., im vierten
4,50 Mt. — Dienstaterszulagen werden mit Ausnahme
von Frankfurt a. d. O. weiter gewährt. — Schutzkleidung: Bei
Reise-, Filter- und Säugereinigen, bei Teer- und Kanalarbeiten,
Säure- und Karbolineumarbeiten wird Schutzkleidung, bei Wasser-,
Filter- und Kanalarbeiten, Grabenräumen werden lange Stiefel, den
Osenarbeitern des Gaswerks werden Handschuhe unentgeltlich
geliefert. — Die Arbeitspausen (ausgenommen bei Wechsel-
schichten und die Wartezeit), sowie der Weg von der Wohnung des
Arbeiters zum Sammelpunkt, der von der Betriebsleitung im Ein-
vernehmen mit der Betriebsvertretung festgelegt wird, werden weder
in die Arbeitszeit eingerechnet noch als Arbeitszeit bezahlt. Nimmt
der Arbeitnehmer auf Anordnung der Betriebsleitung den Weg von
seiner Wohnung unmittelbar zur Arbeitsstelle, so wird die für diesen
Weg erforderliche Zeit insoweit in die Arbeitszeit eingerechnet und
als Arbeitszeit bezahlt, als diese Wegezeit die zur Zurücklegung des
Weges von der Wohnung zum Sammelpunkt erforderliche Zeit über-
schreitet. Bei Arbeiten außerhalb des Stadtgebietes wird der
Sammelpunkt örtlich vereinbart, desgleichen Zuschläge bei Ueber-
nachten. — Als Handwerker gelten Berufsfeuerwehrleute
und solche Arbeiter, die eine ordnungsmäßige Ausbildung in ihrem
Berufe erhalten haben, in dem eine handwerksmäßige Lehrtinaus-
bildung stattgefunden hat und die auch in ihrem Berufe beschäftigt
werden. Ferner gelten als Handwerker Monteur, Rohrleger und
mit selbständigen Installationsarbeiten Beschäftigte, wenn sie eine
vierjährige erfolgreiche Ausbildung erhalten haben und in dem
betreffenden Berufe beschäftigt werden. Als angelernte Ar-
beiter gelten solche Arbeiter, die eine Arbeit verrichten, die nur
nach einer längeren Vorbildung geleistet werden kann. — Der Wert
der Dienstwohnung soll örtlich geregelt werden. — Für die
Feuerwehr wird die in Frage kommende Regelung für Extra-
mannschaft und Vertretungen in Verbindung mit den § 17 des Reichs-
manteltarifs noch besonders stattfinden. — Für das Personal
der Krankenanstalten, das sich nicht in Kost und Logis
befindet, gelten die Sätze der Gemeindearbeiter. Für das
in der Anstalt wohnende und dort Beschäftigung erhaltende Personal
konnte eine endgültige Vereinbarung nicht erzielt werden. Die Be-
ratungen über einen noch nicht abzuschließenden Manteltarif mit
dazu gehörendem Lohnsatz soll in nächster Zeit vor sich gehen,
damit wäre gesagt, daß im Augenblick eine Erhöhung der Bezüge
des hauseingekessenen Personals nicht stattfindet. — Die Lohnsätze
treten mit Wirkung vom 1. Mai 1922 in Kraft, sie gelten bis 31. Mai
1922, die übrigen Bestimmungen gelten bis zum 1. Juli 1922, und
zwar mit einmonatlicher Kündigung, sonst laufen sie auf ein Viertel-
jahr weiter. Sodann besteht grundsätzliche Uebereinstimmung, daß
beide Organisationen gemeinsam Schritte unternehmen sollen, um
entsprechend der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember
1918 die Eintragung in das Tarifregister und seine allgemeine
Gültigkeitserklärung zu beantragen.

Die Konferenz der Jucham umfaßte Vertreter aus 24 Filialen.
Nicht vertreten waren die Filialen Herlasgrün, Lichtenstein, Treuen
und Jshopau. Vom Verbandsvorstand war Kollege Becker
erschienen. Aus den Berichten über die Tätigkeit der Gaulleitung
und der Tarifkommission war folgendes zu entnehmen: Am Anfang des
Jahres waren vorhanden 27 Filialen mit 7750 Mitgliedern. Ende
1921 waren vorhanden 29 Filialen mit 7915 Mitgliedern. Das ist eine
Zunahme von 165. Im Laufe des Jahres wurden neu errichtet die
Filialen Frankenberg, Ringenthal und Schwarzenberg. Lohn-
bewegungen fanden statt: Für die Gemeindearbeiter 3, für die
Staatsarbeiter 3, für die Heilanstalten Reibolsgrün, Carolagrün
und Albersberg 3, sowie mehrere für verschiedene Kranken-
anstalten. Für die Reichsarbeiter wurden die Arbeits- und Lohn-
bedingungen vom Verbandsvorstand geregelt. Die organisatorische
Erfassung der Staatsarbeiter verursachte viel Schwierigkeiten und
viel Verdruß. Dies trifft vor allen Dingen bei den Kollegen zu,
welche bei den sechs Straßen- und Wasserbauämtern beschäftigt
sind, da fast jeder an einem anderen Orte wohnt. Von dieser
Gruppe gehen auch die meisten Klagen und Beschwerden ein. Ob-
wohl diese zum großen Teil berechtigt sind, muß aber doch gelagt
werden, daß vieles besser wäre, wenn sämtliche Kollegen ernstlich
den Willen hätten, rege am Verbandesleben mitzuwirken. Hier ist
noch viel Aufklärungsarbeit nötig. Was die Gaulleitung insolge
Zeitmangels nicht zu tun vermag, müssen die einzelnen Filialen
nachkommen. Mehr Vorträge über wissenschaftliche Themen, über
kommunal-, Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik sind ein Gebot
der Stunde. Wegen tarifwidrigen Verhaltens verschiedener Ge-
meinden mußte die Gaulleitung wiederholt einschreiten. Fast immer
hatten wir einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Auch das arbeiter-
feindliche Verhalten einzelner Behörden mußte gerügt werden, was
fast ohne Erfolg geschah. Viel zu wünschen läßt die Bericht-
erstatter der Filialen übrig. Das beweisen die dauernden Mah-
nungen des Verbandsvorstandes. Eine gute Statistik ist in der Ar-
beiterbewegung ein unentbehrlicher Faktor: Wer in der Statistik
eine bürokratische Handlungsweise erblickt, hat ihren Wert nicht
erkannt. — Im Mittelpunkt der Diskussion stand merianer die
Tätigkeit der Gaulleitung, sondern mehr die allgemeine Wirtschafts-
lage und die zu geringe Entlohnung der Arbeiterklasse. Die bei

den Lohnbewegungen erreichten Zugeständnisse entsprächen nicht der Teuerung. Der ADGB müsse seinen Einfluß mehr bei der Reichsregierung geltend machen, um der fortgesetzten Teuerung und dem武者 Einhalt zu gebieten. Auch wurde verlangt, die Ruhestandsordnung für die sächsischen Gemeindefarbeiter baldigst zum Abschluß zu bringen. Eine Reihe Anträge wurden der Tarifkommission bzw. der am 25. Mai stattfindenden Landesversammlung überwiesen. Eine Entschließung der Filiale Chemnitz, die ebenfalls angenommen wurde, verurteilte das Einberufen wilder Konferenzen ohne Wissen und der Gauleitung, da solche Konferenzen nicht nur statutenwidrig und disziplinosind, sondern auch leicht zur Spaltung der Organisation führen können. So berechtigt die Klagen der Kollegen im allgemeinen auch sein mögen, so dürfen wir uns aber doch nicht so weit hinreißen lassen, daß wir glauben, den ganzen "Schutt" auf einzelne unserer Vertrauensmänner abladen zu können. Disziplin, Kollegialität, Opferinn und Vertrauen sind heute unter der Arbeiterschaft nötiger denn jemals.

Die neuen Löhne der badischen Gemeindefarbeiter. Der Arbeitgeberverband badischer Gemeinden hatte sich bei den Lohnverhandlungen für Mai außerstande erklärt, ein Angebot zu machen, so daß die Verhandlungen abgebrochen wurden. Es mußte die Bezirkschiedsstelle angerufen werden, vor der am 12. Mai mit Wirkung vom 1. Mai folgende Löhne pro Tag vereinbart wurden:

Lohngruppe	Lebensalter	Ortsklassen		
		A	B	C
I a	15-24	144,50-151,30	131,80-138,40	120,45-126,55
	21-24	136,45	124,05	113,-
	18-21	131,65	119,35	108,40
I b	15-24	144,50-147,90	131,80-135,10	120,45-123,65
	21-24	136,45	124,05	113,-
	18-21	131,65	119,35	108,40
II männl.	15-24	141,80-145,20	129,15-132,45	117,90-121,10
	21-24	109,80-113,80	100,75-103,55	92,10-95,10
	18-21	139,90	121,55	110,60
weibl.	15-24	105,40	96,45	87,00
	21-24	129,10	116,85	106,-
	18-21	101,-	92,15	83,70
III männl.	15-24	138,40-141,80	125,85-129,15	114,70-117,90
	21-24	106,60-109,80	97,65-100,75	89,10-92,10
	18-21	139,90	118,45	107,60
weibl.	15-24	102,30	93,35	84,90
	21-24	125,90	113,75	103,-
	18-21	97,80	89,05	80,70
IV männl.	15-24	92,75-95,95	84,60-87,70	77,05-80,05
	21-24	88,60	80,55	73,05
	18-21	84,45	76,50	61,10

Zum Lohn der Ortsklasse I tritt in Mannheim noch eine Sonderzulage von 12 Mt. pro Tag für Arbeiter über 24 Jahre, 9 Mt. für Arbeiter von 21-24 Jahren, 6 Mt. für Arbeiter von 18-21 Jahren und für Arbeiterinnen 4 Mt. pro Tag. Die Kinderzulage beträgt in allen Ortsklassen 180 Mt.; die Frauenzulage 125 Mt. Spätestens am 10. Juni treten die Parteien zusammen, um die Löhne für den Monat Juni zu vereinbaren.

Rheinpfalz. In Nr. 10 des "Gemeindefarbeiter" bemüht sich ein Scribist, zu beweisen, daß er es als christlicher Vertreter mit der Wahrheit nicht genau nimmt. Der "Wahrheitsprediger" spricht davon, daß sein Verband gegenüber uns in der Rheinpfalz Rinderbewegung ist. Daß er damit Recht hat, wollen wir dadurch bestätigen, indem wir feststellen, daß er als Anhänger in der Pfalz für das strittige Tarifgebiet nach seinen eigenen Angaben 73 Mitglieder mustert, wobei ihm noch ein Additionsfehler unterlaufen ist, indem er den größten Posten doppelt gezählt hat. Diesen rund 50 stehen auf der anderen Seite über 2000 gegenüber. Der Wahrheitsapostel sagt in seinem Erguß, daß der Christliche Verband uns in der letzten Zeit weit über 300 Mitglieder abgenommen hat. (Dreihundert.) Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Wir verstehen seinen Groll, denn wir können feststellen, daß nicht er uns, sondern wir ihm von seinem kleinen Rest noch abgenommen haben. Wir können ihm natürlich nicht 300 abnehmen, wenn er sie nicht hat. Zu seiner Beruhigung teilen wir ihm öffentlich mit, daß er die Zahl, die er uns abgenommen hat, behalten kann; wir werden sie ihm nicht freitig machen. Wir gönnen ihm recht gerne die Freude, mit der Zahl 1 Additionen vorzunehmen, solange ihm das gefällt, er braucht daher nicht von den altbekannten "Terrorgeleusen" zu fabeln. Damit lassen wir ihn in dieser Sache laufen.

Düsseldorf. Am 25. April 1922 fand unsere Generalversammlung vom 1. Quartal statt. Als 1. Punkt war ein Vortrag über die 10 Punkte des ADGB. Die Diskussion über diesen Vortrag war so ausgedehnt, daß der 2. Teil, Kasfenbericht, vertagt werden mußte. Die Fortsetzung der Versammlung brachte den Kasfenbericht. Wir haben leider einen Mitgliederabgang bei den niedrigsten Beitragsklassen, während wir bei den vollwertigen Arbeitern eine Zunahme verzeichnen. Die Beiträge wurden festgesetzt wie folgt: Hausmädchen in den Krankenanstalten und Puffrauen bis zu 3 Stunden täglicher Beschäftigung 3 Mt., Puffrauen bis

einschließlich 5 Stunden 6 Mt., vollbeschäftigte Puffrauen und männliche Mitglieder 12 Mt. pro Woche. Das Ganze wurde erhöht für die beiden unteren Klassen auf 3 Mt. und die beiden oberen Klassen auf 6 Mt. Für verlorene Wochentage zählt man in Zukunft 4 Mt. und für verlorene Wochentage 2 Mt. Zu der Gaukonferenz am 28. Mai wurden Delegierten gewählt und gleichzeitig folgende Anträge zur Verbandsstatut gestellt: Die Generalversammlung stellt zur Konferenz am 28. Mai folgende Abänderungsanträge zum Verbandsstatut. (Diese Anträge beziehen sich nicht auf das alte Statut, sondern die angegebenen Paragraphen sind die neuen Paragraphen, die der Verbandsvorstand in seinem Entwurf bezeichnen.) § 14 sollen die vom Vorstande vorgeschlagenen Sätze für die ununterbrochenen Unterstützung um 50 Proz. erhöht und Ansprüche an §§ 16 und 17 haben nur solche Mitglieder, die Lohnfortzahlung in irgendeiner Form erhalten. Mitglieder, die mehr als 80 Proz. ihres sonstigen Einkommens während der Krankheit beziehen, müssen auch während der Krankheit den Wochenbeitrag zahlen. Der neue Absatz 2 des § 26 erhält folgende Fassung: "Die einzustellenden Beamten, Hilfsarbeiter, Vorstandsmitglieder und Ortsbeamten müssen mindestens fünf ununterbrochenen freigewerkschaftlich organisierten Jahren davon zwei Jahre in unserer Organisation sein." Der neue Absatz 3 erhält folgende Fassung: "Von den statutenmäßigen Beiträgen Eintrittsgeldern erhalten die Filialen mit Angestellten 25 Prozent, die anderen 75 Prozent. (Das heißt "1") fließen in die Kasse des Verbandes. Filialen ohne Angestellte erhalten 10 Prozent und die Hauptkasse 90 Prozent. Dem neuen § 32 (Schrittweise Geworvorständen) wird ein Absatz 15 beigelegt, der besagt, daß die Zustimmung des Geworvorstandes darf die Zentrale keinen Geworvorstand und Verbandsauschuß verurteilt. - Die Zustimmung der süddeutschen Metallarbeiter wurde beschloffen, die Kollegie wöchentlich 10 Mt. opfert. Nach einer Aussprache der Konferenz in Genua wurde beschlossen, der Hauptvorstand die nötigen Schritte unternehmen, um einen Weltkongress der freien Arbeiter einzuleiten. Ebenso sprach sich die Konferenz für stärkere Konzentration der Gewerkschaften aus.

Herne. Die Mitgliederversammlung am 2. Mai nahm die Beitragserhöhung Stellung. Die Aussprache klang dahin, daß die Mitgliedschaft die eigenmächtige Festsetzung der Verbandsvorstand und Verbandsauschuß verurteilt. - Die Zustimmung der süddeutschen Metallarbeiter wurde beschloffen, die Kollegie wöchentlich 10 Mt. opfert. Nach einer Aussprache der Konferenz in Genua wurde beschlossen, der Hauptvorstand die nötigen Schritte unternehmen, um einen Weltkongress der freien Arbeiter einzuleiten. Ebenso sprach sich die Konferenz für stärkere Konzentration der Gewerkschaften aus.

Hindenburg. Die Betriebsräte oberdeutschlicher Arbeiter hielten hier am 30. April eine Konferenz ab. Die Konferenz referierte über das Lohnabkommen für die Kollege Knappe für April. Dasselbe ist auf der Grundlage des Staatsarbeiter abgeschlossen. Von allen Seiten wurden Klagen laut über die Einseitigkeit des Rattowitzer Schlichtungsschusses. Zu Punkt 3, "Zukunftsfragen" und "Verbindlichkeiten" die Versammlung einstimmig folgende Resolution an, die den Arbeitgeberverbände übersandt wird: "Die am 30. April 1922 gesammelten Betriebsräte oberdeutschlicher Kommunen, in denen ihren Gewerkschaften, verlangen auf Grund der Unterlage der willigung der dem Arbeitgeberverbände eingereichten Forderungen aus dem Manteltarifverträge. Ferner, daß in dieser Angelegenheit Verhandlungen eingeleitet werden. Es kann nicht sein, daß eine Verhandlung ausgelegt wird (wie das der Arbeitgeberverband unternimmt), um bis zur Regelung der Verhältnisse die Forderungen des Manteltarifvertrages außer Acht zu lassen. Sollte der Arbeitgeberverband unnachgiebig sein, so wird durch die Gewerkschaften weitere Maßnahmen getroffen."

Idar a. d. Nahe. Die Stadtverwaltung Idar hat am 2. d. J. sämtliche 12 bei der Straßenreinigung beschäftigte entlassen mit der Begründung, daß die Finanzlage der Stadt nicht mehr zulasse, sozial Arbeiter bei derart hohen Löhnen zu zmede der Straßenreinigung zu beschäftigen. Zugleich hat der Gemeindefrat den Beschluß, alle Arbeiter unter anderen Beschäftigten bei der Stadtverwaltung wieder zu beschäftigen, ein Betriebs- oder Arbeiterrat infolge der geringen Zahl der Beschäftigten nicht vorhanden war, sondern nur ein Betriebsrat vorhanden sei. Leider das Betriebsrätegesetz das Einspruchsrecht verlegt hat, der Einspruch Bezug nehmen auf die Verordnung vom 12. d. 1920. Bemerkt sei noch, daß inzwischen 8 Arbeiter es vorzogen haben, bei der Privatindustrie Beschäftigung zu finden. Die Stadtverwaltung hat unter Bezugnahme auf die Verordnungslosstellung vom 12. d. Februar 1920 beim Schlichtungsausschuß der Provinz eine Klage auf Wiederanstellung und Schadenersatz durch die Klage erhoben. In Frage kamen noch 4 minderwertige Arbeiter, die die Stadtverwaltung wohl zeitweise beschäftigen wollte, nicht nach den tariflichen Bestimmungen. Der Schlichtungsausschuß am 2. Mai 1922 folgenden Schiedspruch: "Die Arbeiter Klen, Heinrich Klen, Georg Klen und Ludwig Klen sind die tarifliche Regelung folgende Gemeindefarbeiter wieder einzustellen und zwar gegen Zahlung eines verminderten Lohnes, der dem Arbeitgeber und dem Verband der Gemeindefarbeiter zu vereinbaren ist."

Aus den deutschen Gewerkschaften

Rundschau

„Korrespondenzblatt des ADGB.“ zum Berliner Demonstrationstreif am 4. Mai ist durch einen Artikel des „Korrespondenzblatt“ zum Ausdruck gekommen. In Nr. 19 des „Korrespondenzblatt“ beschäftigt sich mit diesem in nachfolgender Weise:

Die Berliner Arbeiter haben sich seit jeher etwas darauf zugute getan, daß sie radikal sind. Es kann auch nicht bestritten werden, daß die Berliner Arbeiter stets eine gute Stütze fand. Die Folge war, daß die Berliner Arbeiter den Kopf der Arbeiterbewegung bildete. Die Berliner Arbeiter wurden immer gegen den Willen Berlins durchgesetzt. Die Berliner Arbeiter müßte die Berliner zum konservativen Flügel der Arbeiterbewegung machen. Die Berliner Disziplin hatten, erträglich, solange die Berliner Arbeiter da war. Die Spaltung bringt aber den Berliner Arbeiter zum Verfall. Der Radikalismus hat hier einen Zummel- und einen Anreiz gegeben, der nicht so schnell wieder erlosch. Das ist die Berliner Arbeiter und Angestellten der Gemeindebetriebe vor dem Rat der Arbeiter, um die Annahme eines in ihrer Lohnbewegung geordneten Streikentscheidungs durchzuführen. Sie werden in Berlin außerordentlich beliebt. Aber die Verechtigung ihrer Lohnbewegung braucht kein Streik zu werden. Aber daß der Streikspruch noch nicht an den Tag gekommen war, lag an den Stadtverordneten der U.Z.P. und an den Arbeitern. Die Lohnbewegungen auf der Berliner Seite werden nicht aber ganz außerhalb der bisherigen gewerkschaftlichen Zahl. Es geht dies so nach „direkter Aktion“ aus, daß das Berliner Arbeiter nicht nachgeben zu werden verdient. Hätten die Arbeiter, die Berliner Arbeiter, zusammen mit den Kommunisten eine gemeinsame Aktion vor den beiderseitigen Parteizentralen gemacht, um die Berliner Arbeiter zu überzeugen, daß sie mit ihren U.Z.P. und A.P.D.-Stadtpartei einverstanden sind, so hätte dies weit mehr Sinn gehabt. Die Berliner Arbeiter wäre natürlich den beiden Parteien recht unangenehm, und darum gingen die Dinge nach dem Rathaus. Dort wurden Zusammenkünfte mit der Polizei. Wir lassen ununtersucht, was und unterstellen, daß die Schuld voll auf die Polizei fällt. Die Berliner Arbeiter überließen sich die Blätter der Parteien, deren Verfall zum Schaden des Hinausdrückens der Annahme des Streikentscheidungs waren, vor dem Radikalismus. Ramentlich „Die Rote Fahne“ ist eine wertvolle und verlogene Zeitschrift, daß der Gedanke, der Berliner Arbeiter ist die bestmögliche, auf der Hand lag. Es wurde so gemacht, daß ein jeder sich sagen mußte, die Sache werde nicht anders als nach dem Beispiel haben. Das blieb nicht aus. Das Lohnbewegung der Gemeindebetriebe erlebte folgenden Aufbruch:

Die Berliner Arbeiter der Gemeindebetriebe hat im Einvernehmen mit dem Zentralverband der Angestellten und dem Zentralverband der Berliner Gewerkschaftskommission einmütig beschlossen, gegen das gewaltsame Vorgehen der Schutzpolizei am 4. Mai vor dem Berliner Rathaus in einen 24stündigen Proteststreik zu treten. Der Streik beginnt am 4. Mai bei Arbeitsbeginn und endet am 5. Mai morgens zur gleichen Zeit.

Der Streik wurde durchgeführt, und Berlin hatte wieder einmal einen langweiligen Tag. Keine Wasser, teilweise kein Gas, keinen elektrischen Strom, keine Straßenbahn. Wir müssen schon fragen, ob das die Berliner Arbeiter der Berliner Gewerkschaftskommission sich zu tun hat gewollt sind. Wenn auch die Demonstration am 4. Mai auch überwiegend politischen Charakter trug, schon in Kauf genommen werden mag, der Streik am 4. Mai war rein politischer Art. Die Bewegung war mit der Annahme des Streikentscheidungs zu Ende. Die Berliner Arbeiter der Polizei zu unternehmen war, das war der politischen Parteien. Dazu sind diese da. Lohnkartei und Streikentscheidungs haben sich hier in das Schlepptau der Kommunisten gezogen. Sie haben ihren Weizen auch schon dübeln. Verschiedene Streikentscheidungs haben dem Streik an, und auch der Vorstand des ADGB, der die Streikentscheidungs bestimmt, die die Streikentscheidungs des Kampfes unter der Führung, den Generallinien, verlangten. Die Berliner Arbeiter haben wirklich nicht mehr viel Kredit zu verlieren. Die Berliner Arbeiter hat ihr Verhalten der Arbeiterbewegung Wunden ge- schlagen, die noch nicht geheilt, geschweige denn vergessen sind. Die Berliner Arbeiter Führer der Bewegung sollten dem Trängen der Kommunisten, die natürlich ihre beste Freude haben, den erforderlichen Widerstand leisten. Das liegt auch im Interesse der Gemeindegewerkschaften. Die Berliner Arbeiter der Arbeiterbewegung auch jetzt noch. Davon haben die Berliner Arbeiter nichts zu überzeugen. Das ist der Weg, den die Berliner Arbeiter geben können. Vereiten sie aber den Berliner eine Un- terschiede nach der anderen, dann werden auch ihre berechtigten For- derungen auf dem Verhandlungswege stehen.

Bruno T. Der langjährige Hauptfasser des Verbandes der Arbeiter Deutschlands, Bruno T., ist im Alter von 72 Jahren an einem Schlaganfall erlegen. 22 Jahre führte der Verband die Arbeiterbewegung des Fabrikarbeiterverbandes und war ein wichtiger Faktor für die Arbeiterbewegung und Gewerkschaften. Mit regem Interesse an den Interessen des Verbandes zu fördern und die Interessen der Arbeiter zu wirken. Seinen Lebensabend gedachte er sich in Nordamerika zu verbringen, doch hat der Schlaganfall vernichtet. Er ruhe in Frieden!

Staatliche Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung. Artikel 165 der deutschen Reichsverfassung sagt in seinem ersten Absatz: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen werden anerkannt.“ Danach sind die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Faktoren im Wirtschaftsprozess anerkannt und es ist ihnen die Aufgabe zugewiesen worden, an der Entwicklung der produktiven Kräfte Anteil zu nehmen. Obwohl es undenkbar ist, einen durch ein früheres System zusammengebrochenen Staat ohne die Mitwirkung der arbeitenden Schichten aufbauen zu können, ist doch andererseits festzustellen, daß eine Mitarbeit, wie hier Artikel 165 zum Ausdruck bringt, auch ein Mitverantworten verlangt. Das heißt aber wiederum eine gewisse Sachkenntnis, eine Kenntnis der Volkswirtschaft, sowie Kenntnisse in dem vielverzweigten Arbeitsrecht voraus, um auch der Gegenseite mit sachlicher Begründung aufwarten zu können. Im öffentlichen und privaten Dienst werden mehr als je in bezug auf wirtschaftliche, rechtliche und soziale Bildung Anforderungen gestellt, welche die Volksschule nicht vermitteln konnte. Aus diesen Erwägungen heraus wurde nicht allein im Jahre 1920 die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. und die Betriebsräteschule in Münster errichtet, sondern die Abgeordneten Gräf und Lüdemann stellten im Jahre 1919 im Preussischen Landtag den Antrag auf Errichtung von Wirtschaftsschulen, die allen Parteien, weil die Notwendigkeit eingesehen werden mußte, Unterstützung fand. Lange Beratungen waren nötig, bevor das Kind aus der Taufe gehoben werden konnte. Das geschah am 2. Mai 1922 im neuen Stadthaus zu Berlin-Wilmersdorf. Einige Tage darauf sollte die Eröffnung einer zweiten Wirtschaftsschule in Düsseldorf folgen. Aus allen Gauen Deutschlands hatten sich zum ersten Lehrgang, der 10 Monate dauern wird, 25 Teilnehmer gemeldet. Die Schule steht allen Personen, die mindestens eine abgeschlossene Volksschulbildung genossen und bereits längere Zeit im Berufsleben gestanden haben, offen. Sie wird vom preussischen Staat finanziert und hat auch von anderer Seite einen Zuschuß erhalten. Minister Siering entwickelte in seiner Eröffnungsrede den Werdegang des Antrages Gräf-Lüdemann und wußte allen denen Dank, die an dem Zustandekommen der Schule mittelbar oder unmittelbar Anteil haben. Staatssekretär Geib vom Reichsarbeitsministerium sprach über das Problem der wirtschaftlichen Demokratisierung. Er betonte, daß Personen herangebildet werden mußten, die bereits in beruflicher Tätigkeit gestanden hätten und in den Wirtschaftsschulen die notwendige Ergänzung ihres Wissens erlangen sollten. — Der Extrakt der Ausführungen des Abgeordneten Lüdemann war darin zu finden, indem er sagte, daß die Wirtschaftsschulen nicht deswegen gegründet worden seien, um einzelnen zu einer Existenz zu verhelfen oder sie zu ihrem Nutzen auszubilden, sondern es sollen nur solche Personen herangebildet werden, die ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen die Absicht haben. Nachdem der neue Staat dem einzelnen größere Aufgaben zugebracht habe, sei es auch nötig, Träger der Wirtschaft heranzubilden. Die Zahl der Hörer beträgt 15. Davon gehören 12 den freien Gewerkschaften und 2 den Hirsch-Duncker'schen Verbänden an. Ein Hörer ist unorganisiert. Von unserem Verband besucht Kollege Förster — Dresden diese Schule. Unerkäuflicherweise hat die größte Organisation — der Deutsche Metallarbeiterverband — kein Mitglied delegiert; ebenso der Holzarbeiterverband. Der große A.F.A.-Bund ist nur durch einen Kollegen vertreten. Daraus ist zu schließen, daß derartige Bildungsbestrebungen noch wenig Interesse entgegengebracht wird. — Von den wichtigsten Unterrichtsgebieten seien genannt: Volkswirtschaftslehre, Arbeits- und Betriebslehre, Geschichte der Gewerkschaften, das große Gebiet der Sozialpolitik, Arbeits- und Wirtschaftsrecht, Staats- und Gesellschaftslehre, deutsche Verfassung und Staats- und Gemeindeverfassung. Es ist zu wünschen, daß die an das begonnene Werk gestellten Erwartungen in Erfüllung gehen.

Eingegangene Schriften und Bücher

Reichsmietengesetz. Nebst Kommentar. Von Hans Krüger. Verlag J. F. Neumann, Neudamm, und „Vorwärts“, Berlin SW. 68. 136 S. Preis 30 M., gebunden 42 M. — Das Buch enthält eine kurze Uebersicht über die bisherige Entwicklung des Mietrechtes in Deutschland, insbesondere über die Mieterschutzgesetzgebung während des Krieges und der Nachkriegszeit. Auch wird die Vorgeschichte des Reichsmietengesetzes und die Neuregelung des Mieterschutzrechtes erörtert. Der hauptsächlichste Teil bringt den Gesetztext mit eingehenden Erläuterungen, die sowohl die damit zusammenhängenden rechtlichen Fragen behandeln, als auch die praktische Anwendung des Gesetzes ausführlich darstellen. Auf Grund dieser Erläuterungen ist jeder Mieter und Vermieter in die Lage versetzt, den neuen Mietpreis und die sonstigen neuen gegenseitigen Rechte und Pflichten selbst festzustellen und richtig durchzuführen.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 9. Verbandstag.

Auf Beschluß des Vorstandes (§ 40 des Statuts) wird der 9. ordentliche Verbandstag für die Zeit vom 21. bis 28. August d. J. nach Magdeburg einberufen. Die Beratungen finden im Kristall-Palast, Leipziger Straße 11/12, statt.

Unter Berücksichtigung des Beschlusses des 8. Verbandstages (Protokoll Seite 167) tritt die Statutenberatungskommission bereits vor dem Verbandstag zusammen und nimmt ihre Verhandlungen am 18. August d. J. in Magdeburg auf.

Die Eröffnungsfeier erfolgt am Sonntag, den 20. August.

Als Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Konstituierung.
2. Geschäftsbericht.
a) Allgemeines.
b) Lohnbewegungen und Streiks.
c) Betriebsräte und Tarifverträge.
d) Presse.
e) Kasse (Bericht der Revisoren).
f) Reichssekktion Gesundheitswesen.
g) Reichssekktion Staatsarbeiter und Beamtenorganisation.
h) Bericht des Verbandsausschusses.
3. Statutenvorlage.
4. Wahl der Verwaltungskörper.
5. Festsetzung der Gehälter und Löhne, Invaliden- und Altersversorgung unserer Angestellten.
6. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Referent: Friß Münkner.
7. Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften. Referent: Emil Dittmer.
8. Bericht vom Leipziger Gewerkschaftskongreß. Referent: Otto Becker.
9. Bericht von der Internationale. Referent: Friß Münkner.
10. Sonstige Anträge.

Anträge zum Verbandstag müssen spätestens bis zum 8. Juli dem Vorstand, Abteilung I, mit der Aufschrift „Anträge zum Verbandstag“ eingereicht werden. Die Veröffentlichung der eingegangenen Anträge erfolgt in der „Gewerkschaft“ vom 21. Juli. (§ 41 Absatz 5 des Statuts.)

Als Wahltag werden der 14., 15. und 16. Juli festgesetzt.

Spätester Termin für Einbringung von Wahlvorschlägen ist der 17. Juni.

Das Wahlergebnis muß spätestens am 29. Juli unter Weisung der Stimmzettel und Protokolle beim Vorstand eingehen. Das zur Durchführung erforderliche Material geht den Filialvorständen rechtzeitig zu.

Der Vorstand.

Totenliste des Verbandes.

Table with 3 columns listing names, birth dates, and professions of deceased members. Includes names like Georg Sütner, Hermann Stein, Heinrich Elmer, etc.

(Ehre ihrem Andenken!)